

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindorner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die hiergetragene Vertheilung oder deren Raum 31 Pf.
Verzinsungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pf.
Veranstaltungsanzeigen 15 Pf.

Der Tag des Gerichts.

Welch ein Jubel herrschte vor fünf Jahren bei den „Staatsverfallenden“, als der Telegraph am Abend des 25. Januar 1907 die Kunde von den Wahlniederlagen der Sozialdemokraten in aller Welt verbreitete. Daß die verhaßte Partei trotz des gegen sie veranstalteten Kesseltreibens eine Viertelmillion Wähler gewonnen hatte, wurde gern übersehen, man hielt sich an die unbestreitbare Tatsache, daß die Sozialdemokraten 88 Mandate verloren hatten. „Die Sozialdemokratie ist niedergedrückt!“ „Wir hoffen öfters noch zu siegen!“ „Es ist eine Lust, zu leben!“ Auf diesen Ton waren die Jubelhymnen gestimmt, die nach dem 25. Januar 1907 erklangen. Dem Mause folgte jedoch nur zu bald der Nagelstamm. Schlag auf Schlag fielen in den Nachwahlen die erledigten Mandate der Sozialdemokratie zu, die bis zum Schluß der Legislaturperiode die Zahl ihrer Abgeordneten von 48 auf 58 gesteigert hatte.

Hoffnungstreudig zog die Sozialdemokratie in den neuen Wahllampf, und der 12. Januar hat die Erwartungen nicht getäuscht. Die Sozialdemokratie, die man vor fünf Jahren niedergedrückt wähnte, sitzt hoch im Sattel. Die Reaktionen, die ihrem unbändigen Gäh gegen die Arbeiter die Bügel schleßen ließen, haben wieder vorgearbeitet, und am Wahltag konnte die Sozialdemokratie die Gente einheimen.

Wie haben sich doch die Zeiten seit dem Jahre 1907 geändert. Damals war dem Reichskanzler Billow das Experiment der konservativ-liberalen Paarung geglückt. Die Ehe zwischen Karffen und Raninchen war geschlossen. Die Kampffront, die von Heydebrand bis Wayer reichte, war gegen das Zentrum und die Sozialdemokraten gerichtet. Aber diese Zeit liegt lange hinter uns. Konservativ und Zentrum, die beiden Parteien, die sich innerlich so nahe verwandt sind, haben sich bald wiedergefunden. Gemeinsam haben sie das Volk ausgeplündert, die notwendigsten Lebensbedürfnisse haben sie mit drückenden Steuern belastet und die reichen Junker nicht nur vor der unangenehmen Steuerpflicht geschützt, sondern ihnen sogar Liebesgaben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung bewilligt. Der Mißbrauch, den der schwarz-blaue Bloß mit seiner Macht getrieben, hat die Massen in Bewegung gesetzt. Es ging bei der diesmaligen Wahl um die Entscheidung, ob auch fürderhin die konservativ-kerikale Reaktion, oder ob ein gesunder Fortschritt in Deutschland herrschen soll. Und deshalb wurde dem 12. Januar allseitig mit höchster Spannung entgegensehen.

Die Schwarz-Blauen sahen das nahende Gewitter und sie haben sich, so gut es ging, auf die Verteidigung eingerichtet. Ein enges Schuß- und Trugbündnis umfaßt die Konservativen und das Zentrum. Mit einer Selbstlosigkeit, die man bewundern könnte, wenn man nicht wüßte, daß sie ihre Rechnung später präsentieren würden, haben die Ultramontanen den Junkern ihre Wahltruppen zur Verfügung gestellt. Das Zentrum verfügt noch über einen großen Stamm geistig Armer, die selbst nicht denken können und widerspruchslos den Befehlen der himmlischen Gendarmerie folgen. Wo diese geistig Schwermüden in größeren Massen zusammenwohnen, da sind die Hochburgen des Zentrums, die nur langsam mit „des Geistes Licht, des Wissens Macht“ erobert werden. Es gibt aber in manchen Wahlkreisen Entlasten ultramontaner Müßiggänger, in welchen das Zentrum eine nennenswerte Stimmzahl aufbringt, ohne daß es ihm aber möglich wäre, jemals den Wahlkreis zu erobern. In diesen Wahlkreisen sind die Zentrumswähler den Konservativen als Stimmvieh zugeführt worden, und mancher Junker, der auf recht schwachen Füßen stand, verdankt seine Wiederkehr in den Reichstag dieser ultramontanen Hilfe.

Der erste Wahlgang hat die erwartete Entscheidung noch nicht gebracht, aber ein kräftiger Ruck nach links ist erfolgt.

Die Sozialdemokratie hat am 12. Januar einen glänzenden Sieg errungen!

Die sozialdemokratischen Stimmen haben sich um eine Million vermehrt. Für die sozialdemokratischen Kandidaten sind mehr als 4 1/2 Millionen Stimmen abgegeben worden. Im ersten Wahlgang sind 64 Mandate erobert und sozialdemokratische Kandidaten sind an 121 Stichwahlen beteiligt!

Das ist ein Erfolg, dessen wir uns aus vollem Herzen freuen können. Noch nachdrücklicher als bisher wird die Stimme der Arbeiter im Reichstag gehört werden, und die Mitglieder der Gewerkschaften können mit Befriedigung

konstatieren, daß sie ihr rechtliches Teil zu diesem Triumph der deutschen Arbeiterbewegung beigetragen haben.

Aber noch ist die Arbeit erst zur Hälfte getan. In den schwarz-blauen Bloß ist Breche gelegt, aber er ist noch nicht gestürzt. Was in den Hauptwahlen begonnen wurde, muß in den Stichwahlen zielbewußt vollendet werden. Nach den augenblicklich vorliegenden Nachrichten, die noch kleine Änderungen erfahren können, sind 180 Stichwahlen erforderlich. Da der Reichstag aus 397 Abgeordneten besteht, wird die eigentliche Entscheidung über die künftige Zusammensetzung der Volksvertretung erst in den Stichwahlen fallen.

Den in den nächsten Tagen sich vollziehenden Stichwahlen ist also eine außerordentliche Bedeutung beizumessen. Haben wir am 12. Januar unsere Stimmen gezählt, dann muß am Tage der Stichwahl alles darangesetzt werden, der Mehrheit der Ritter und der Felligen den Todesstoß zu versetzen. Es muß verhütet werden, daß wiederum im Reichstag eine Mehrheit sich bilden kann, wie der schwarz-blaue Bloß, der die notwendigen Lebensbedürfnisse der breiten Volksmassen mit unerschwinglichen Lasten belegt, wirkliche Besteuerungen aber abgelehnt hat. Es darf in den neuen Reichstag keine Mehrheit einziehen, die den reichen Junkern Liebesgaben aus den Taschen der Arbeiter bewilligt. Die wichtigsten Volksrechte sind in Gefahr, wenn nicht der Schwerpunkt des Reichstages auf die linke Seite verlegt wird. Wie leichtfertig sich die seitherige Reichstagsmehrheit über die elementarsten Arbeiterrechte hinweggesetzt hat, das haben wir bei der Reichsversicherungsordnung nur zu deutlich zu spüren bekommen. Kommt diesmal wieder eine Mehrheit nach den Wünschen der Regierung zusammen, dann ist das Reichstagswahlrecht auf das höchste gefährdet. Das Geschrei der Schafmacher nach einem intensiveren Schuß der Streckbrecher wird immer lauter und die Verblindeten Regierungen haben große Neigung, diesem Verlangen Folge zu geben. Den Gewerkschaften droht ein neues Buchstausgesetz, wenn eine Reichstagsmehrheit zustande kommt, die bereit ist, ein solches zu bewilligen.

So bedeutsam der sozialdemokratische Wahlsieg vom 12. Januar an sich ist, so genügt er noch nicht. Die Schwarz-Blauen haben bereits empfindliche Verluste erlitten, aber ihre Niederlage ist noch nicht besiegelt. Das Wohl des deutschen Volkes erfordert es, daß mit der konservativ-kerikalen Mehrheit gründlich aufgeräumt wird. An der Erringung dieses Zieles muß jeder mitarbeiten, die Mitglieder der Gewerkschaften sind aber daran ganz besonders interessiert.

In den Wahlkreisen, in welchen ein Sozialdemokrat zur Stichwahl steht, ist es selbstverständlich, daß das Neukerke aufgewendet werden muß, ihm zum Siege zu verhelfen. In den Wahlkreisen jedoch, wo der sozialdemokratische Kandidat bei der Stichwahl nicht in Betracht kommt, gilt auch für uns der Grundsatz, den der sozialdemokratische Parteitag zu Jena aufgestellt hat. Jeder bürgerliche Kandidat, der auf sozialdemokratische Stichwahlhilfe reflektiert, muß sich vorher schriftlich oder vor Zeugen verpflichten:

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechtes für den Reichstag;
2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungs- und des Koalitionsrechtes;
3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechtes;
4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmengesetz;
5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse;
6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse einzutreten und zu stimmen. Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale vor dem Nichtliberalen vorzuziehen.

Mit diesen Stichwahlbedingungen ist es den liberalen Parteien sehr leicht gemacht, sich die sozialdemokratische Stichwahlhilfe zu sichern. Ist es auch ihnen ernst mit dem oft und feierlich abgegebenen Gelöbniß, den schwarz-blauen Bloß niederzurufen, dann wird dieses Ziel mit den Stichwahlen sicher erreicht werden. Wir wollen aber offen zugeben, daß uns die seitherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet recht pessimistisch gestimmt haben. Wir setzen unsere Hoffnung vor allem auf eine starke sozialdemokratische Fraktion, deshalb muß das Hauptaugenmerk bei den Stichwahlen gerichtet sein auf die höchstmögliche Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate.

Das ziffermäßige Ergebnis der Hauptwahl ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich:

Parteien	Stimmzahl	Stimmzahl	Stimmzahl	Stimmzahl	Stimmzahl
Konservative Reichspartei	59	27	2	9	45
Deutsche Reformpartei	25	5	2	9	19
Wirtschaftliche Vereinigung, und zwar:	8	—	—	—	8
Deutschsozial	5	—	—	2	4
Christlichsozial	2	1	1	—	3
Bund der Landwirte	4	2	—	—	3
Sonstige	7	—	—	5	3
Zentrum	108	81	1	7	29
Völk	20	15	—	—	10
Nationalliberale	51	4	2	15	67
Fortschrittliche Volkspartei	49	—	—	12	55
Demokratische Vereinigung	—	—	—	—	1
Sozialdemokraten	58	64	25	2	121
Elässer	5	5	2	1	2
Liberaler Elässer	—	—	—	—	—
Vollbringer	8	1	—	—	2
Welsen	1	—	—	1	5
Dänen	1	1	—	—	—
Unbestimmt (Wilde)	6	1	1	4	9
Summe	897	207	—	—	880

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Geschäftsgang in der Holzindustrie war im verflossenen Jahre im allgemeinen recht befriedigend. In den letzten Monaten des Jahres ließ allerdings der Beschäftigungsgrad nach, aber das ist eine Erscheinung, die alljährlich beobachtet wird, im Jahre 1911 jedoch in geringerem Maße als in dem vorher gegangenen Jahren. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise kamen im Monat November auf je 100 offene Stellen in den Berufen des Holzgewerbes durchschnittlich 178,0 Arbeitsuchende. Im Monat Oktober betrug die Andrangsziffer 157,7, sie ist also um 20,3 größer geworden. Der verhältnismäßig günstige Stand des Arbeitsmarktes im Jahre 1911 ergibt sich, wenn man die Entwicklung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage in den Monaten Oktober und November der letzten Jahre vergleicht. Auf je 100 offene Stellen kamen durchschnittlich Arbeitsuchende:

	1908	1909	1910	1911
Oktober	288,4	196,8	170,7	187,7
November	370,0	248,5	216,1	178,0
Zunahme	115,6	51,7	45,4	85,8

In den früheren Jahren waren also nicht nur die absoluten Zahlen ungünstiger, die Andrangsziffer stieg auch vom Oktober auf den November weit stärker als im Jahre 1911. Ähnliche Schwankungen zeigen auch die Ergebnisse der Arbeitslosen-zählung in unserem Verband. Jeweils am Schluß des Monats waren arbeitslos in Prozenten der Verbandsmitglieder:

	1908	1909	1910	1911
Oktober	8,88	2,21	3,10	2,02
November	4,87	2,68	3,42	2,42

Die Steigerung des Andranges zeigt sich auch bei den einzelnen Branchen der Holzindustrie. Auf je 100 offene Stellen kamen durchschnittlich Arbeitsuchende:

	Oktober	November
Zischler	180,94	174,87
Drechsler, Wildhauer usw.	228,18	228,81
Wüttcher, Rißer, Kistler	188,16	180,05
Wirtzen, Kamm- und Korbmacher	119,58	144,99

Für die Zischler war der Arbeitsmarkt am ungünstigsten in Elßaß-Lothringen, wo auf je 100 offene Stellen 270,8 Arbeitsuchende kamen; aber auch in Hessen, Baden, dem Königreich Sachsen, Hannover und der Provinz Brandenburg mit Berlin ging der Andrang der Zischler am Arbeitsmarkt über den Reichsdurchschnitt hinaus. In den übrigen Landesstellen blieb der Andrang unter dem Reichsdurchschnitt. Am günstigsten war die Lage des Arbeitsmarktes in der Provinz Posen mit 81,8 und Schlesien mit 74,5 Arbeitsuchende auf je 100 offene Stellen. Im Gegensatz zu den anderen Berufen der Holzindustrie ist am Arbeitsmarkt der Drechsler und Wildhauer im November eine kleine Besserung eingetreten. Diese Besserung ist auch gegenüber dem November 1910 zu konstatieren, wo auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 231,17 Arbeitsuchende kamen. Immerhin ist aber der Stand des Arbeitsmarktes für diese Branche noch recht ungünstig. Bei den

Würsten, Namm- und Korbmachern hat der Andrang gegenüber dem Vormonat eine Zunahme von 25,46 erfahren. Im Vorjahre betrug aber die Steigerung von Oktober auf November 70,01 und im Vergleich mit dem Stand von November 1910, wo die Andrangskurve 197,84 betrug, ist im November 1911 ein Rückgang um 62,85 zu konstatieren.

Die zahlreicheren Berichte der Arbeitsnachweise werden ergänzt durch den Bericht über den Stand des Arbeitsmarktes, den das Reichsarbeitsblatt, gestützt auf die ihm zugehenden Darstellungen von Unternehmerverbänden und Einzelunternehmern, gibt. Danach ging in den Holz- und Sägewerken das Geschäft, der Jahreszeit entsprechend, recht ruhig. Aus Bayern wird Ueberangebot von Arbeitskräften gemeldet. Die Holz- und Sägewerke waren noch zulebendstehend beschäftigt, doch machte sich schon ein Rückgang bemerkbar. Die Holz- und Sägewerke hatten noch genügend zu tun. In der Kistenfabrikation trat um Mitte November wie gewöhnlich um diese Jahreszeit eine Abflauung ein. Die Kistenfabrikation war nach Berichten aus Norddeutschland im allgemeinen recht mittelmäßig beschäftigt und zeigte gegen den Vormonat eine Verschlechterung. Die Herstellung von Kisten und Kistenmöbeln hatte dagegen ziemlich gut zu tun. In Süddeutschland war nach einem Berichte des Verbandes Süddeutscher Holzindustrieller der Geschäftsgang etwas ruhiger wie im Vormonat. Die Herstellung von Kisten, besonders von Kistenmöbeln, hatte recht gut zu tun, da sowohl der Absatz nach den Vereinigten Staaten und Frankreich als auch im Inlande wesentlich zugenommen hat. Ein Bericht aus Thüringen spricht sich ungünstiger aus, da der Absatz infolge der Lebensmittelverknappung und, soweit das flache Land in Frage kommt, wegen der Maul- und Klauenseuche sehr nachgelassen habe. Die Berichte der Schmirndindustrie lauteten aus Norddeutschland ungünstig, während sie aus Schlesien eine befriedigende Beschäftigung und eine Verbesserung gegenüber dem Vormonat melden. Im Eisenbahnbau ist eine kleine Besserung gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahre zu verzeichnen, doch ist die Mehrzahl der Werke noch immer unbefriedigend und nicht bis zur vollen Leistungsfähigkeit beschäftigt. Aus Schlesien wird Arbeitermangel, aus Nord- und Ostdeutschland Ueberangebot an Arbeitskräften gemeldet. Die Automobilfabrikation hatte wie in den Vormonaten überall recht lebhaft zu tun. Mangel an gelerntem, aber Ueberfluß an ungelerten Arbeitern machte sich in Norddeutschland mehrfach bemerkbar.

Die Unternehmungslust im Holzgewerbe war im November 1910 außerordentlich reger; es wurden 4231 200 Mk. neu investiert gegen 741 000 Mk. im November 1910. In den ersten 11 Monaten des Jahres 1911 wurden in Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung des Holzgewerbes 17 495 900 Mk. neu investiert, gegen 13 284 700 Mk. im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Von der genannten Summe entfallen 14 051 400 Mk. auf 187 neugegründete Gesellschaften, und zwar sind hierbei 4 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 4 420 000 Mk. und 133 Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem Gesamtkapital von 9 631 400 Mk. beteiligt. In der gleichen Zeit fanden Kapitalerhöhungen statt bei 7 Aktiengesellschaften um 2 849 000 Mk. und bei 18 Gesellschaften mit beschränkter Haftung um 595 500 Mk.

Ein heiteres Stückchen.

ar. In A. tobte ein schwerer, hartnäckiger Kampf, ein Miesentreib. Wollte 26 Wochen dauerte jetzt das gigantische Ringen. Unsere Kollegen hielten sich müsterhaft und widerstanden mit heldenhafter Bravour den Verlockungen der raffiniertesten Streibredereagenten. Die Kollegenschaft im Reich warzte gespannt auf den Ausgang des heroischen Kampfes und leistete bewundernd ihren bedrängten Brüdern die opferfertigste Hilfe. Verhandlung auf Verhandlung erfolgte ergebnislos; weit über die Grenzen der Organisation hinaus erregte der Streit die Gemüter.

Einer unserer Funktionäre ward mit zur Verhandlung nach A. herufen. Bei seiner Rückkehr war er erfüllt von Zorn und Vertrauen auf den Ausgang des Kampfes, denn unsere Kollegen dort — es waren immer noch Tausende — standen wie ein Mann; die Streibredereagenten wies nach 26 bitteren Streibredereagenten die Vorschläge der Unternehmer geschloßen zurück. Unter den Streitenden war kein einziger Lebiger geblieben, sie hatten alle die Stadt verlassen, und die zurückgebliebenen Familienväter waren sich der Schwere des Kampfes und der Verantwortung ihrer Haltung wohl bewußt, weder Polizei noch Militär hatte bisher etwas zu tun gehabt.

Die ganze bürgerliche Presse war voll offener und verheerender Streibredereagenten; Spitzel und Agenten überfüllten das Land nach den heißbegehrten Arbeitsverrätern, alle Mittel waren dazu erlaubt und wurden gebraucht. Eines schönen Tages lief die Nachricht bei uns ein: Auf dem städtischen Arbeitsnachweis werden Streibredereagenten nach A. verlangt. Das bedeutete für uns Alarm. Also sonst nur Knechte, Hausburden und ungelernete Arbeiter vermittelt wurden, sollte jetzt auf einmal eine Anzahl tüchtige unabhängige Fachleute verlangt werden. Wir mußten Herzogheit haben und deshalb die Sache unterfüßeln. Ich ließ mir auf unserem Bureau ganz in der Stille das Notwendige besorgen, nahm einen tüchtigeren Kollegen mit und meldete mich auf dem Nachweis als Arbeitsloser. Zur festgesetzten Zeit wurden wie üblich die offenen Stellen verlesen; ich und mein Kollege zeigten uns bereit, uns nach A. vermitteln zu lassen, verlangten aber Garantien für die Beförderung unseres leiblichen Lebens und genauere Auskunft über den Auftraggeber der zu besetzenden Stellen. Es dauerte auch nicht lange, bis wir mit noch einem dritten Arbeitswilligen einem Herrn

von den Neugründungen im November ist zu erwähnen die Umwandlung der bekannten Möbelfabrik J. C. Waffel in Berlin in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 8 500 000 Mk. Vorstand ist der Kaufmann Carl Wilhelm Eger in Berlin. — Die Firma Paul Stabenack u. Co. in Tempelhof, Fabrik für Geschäftseinrichtungen, ist in eine Gesellschaft m. b. H. umgewandelt worden. Geschäftsführer sind Paul und Alfred Stabenack in Tempelhof und Herrn. Firlaff in Glöden. Das Stammkapital beträgt 80 000 Mk. — Auch die Kollwände- und Faloustenfabrik E. Wehrens in Hannover ist in eine G. m. b. H. mit einem Stammkapital von 80 000 Mk. umgewandelt worden. Geschäftsführer sind Max Schiede in Hannover und Wilhelm Eggert in Alfeld. — In eine G. m. b. H. ist auch die Gohlfelder Möbelfabrik Carl Fischer jun. in Gohfeld umgewandelt worden. Geschäftsführer ist Carl Fischer in Oeynhausen, Stammkapital 88 500 Mk. — Die Mettmanner Möbelfabrik Feiler u. Co. G. m. b. H. in Mettmann ist mit einem Stammkapital von 84 200 Mk. gegründet worden. Geschäftsführer sind Heinrich Ottensmeyer in Geln, Josef Finte in Duisburg und Arnold Peler in Mettmann. — Mit einem Stammkapital von 20 000 Mk. ist die Frankfurter Porzellan- und Porzellanwaren G. m. b. H. in Frankfurt a. M. gegründet worden. Geschäftsführer sind Kaufmann Friedrich Schmitt und Wagenbauer Johann Schnabel.

Die Einfuhr von Bau- und Nutzholz ist im November wiederum gegen den Vergleichsmonat des Vorjahres zurückgegangen. Im November 1910 wurden 5 484 474 Doppelzentner im Werte von 27 186 000 Mk. eingeführt, im November 1911 aber nur 5 207 090 Doppelzentner im Werte von 25 925 000 Mk. In den Monaten von Januar bis November zusammengekommen überwiegt aber die Einfuhr des Jahres 1911 die des Vorjahres. Die Ziffern betragen 53 816 052 Doppelzentner im Werte von 283 979 000 Mk. im Jahre 1910 und 56 026 844 Doppelzentner im Werte von 275 608 000 Mk. im Jahre 1911. Demnach eine Steigerung der Menge um 5,08 und des Wertes um 4,40 Proz.

Die Ausfuhr von Holzwaren hat im November eine kräftige Steigerung erfahren, sie stieg von 55 883 Doppelzentner im Werte von 4 867 000 Mk. im November 1910 auf 65 786 Doppelzentner im Werte von 6 034 000 Mk. im November 1911. In den ersten 11 Monaten des verfloßenen Jahres betrug die Ausfuhrmenge 652 155 Doppelzentner und ihr Wert 55 839 000 Mk. Das bedeutet gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres eine Zunahme der Menge um 4,14, des Wertes um 18,99 Proz. Auch die Ausfuhr von Weiden, Würsten, Pinseln und Schwären hat sich gehoben. Sie betrug im November 2402 Doppelzentner im Werte von 1 049 000 Mk. Das ist gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres ein Mehr von 2,80 bzw. 2,84 Proz. In dem Zeitraum von Januar bis November wurden 27 204 Doppelzentner im Werte von 10 815 000 Mk. ausgeführt, gegenüber dem Vorjahre 7,81 bzw. 5,89 Proz. mehr.

Die Rentabilität der Aktiengesellschaften in der Holzindustrie hat sich im Jahre 1911 im allgemeinen günstiger gestaltet als im Vorjahre. Bei den 54 Aktiengesellschaften, die in der Zeit von Januar bis November 1911 ihre Geschäftsergebnisse so veröffentlicht haben, daß

ein Vergleich der in dem beiden letzten Jahren erzielten Dividende möglich ist, ergibt sich, daß die durchschnittliche Dividende von 9,0 Proz. auf 9,4 Proz. gestiegen ist. Ein Vergleich von Nettogewinn und Verlusten läßt sich bei 62 Aktiengesellschaften anstellen. Hierbei ergibt sich, daß der Nettogewinnüberschuß von 8,91 auf 9,49 Millionen Mark gestiegen ist, oder von 11,02 auf 11,16 Proz. des jeweiligen Aktienkapitals. Von den drei Aktiengesellschaften, die im Monat November ihre Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr veröffentlichten, hat die Ostdeutsche Holzindustrie-Aktiengesellschaft in Gossentin in Westpr. bei 44 064 Mk. Abschreibungen (im Vorjahre 39 836 Mk.) einen Gewinn von 128 758 Mk. (101 816 Mk.) erzielt und 7,5 (7,0) Proz. Dividende verteilt. — Die W. G. für Würsten-Industrie vorm. C. S. Koeniger Striegau, D. J. Dulak, Freiburg, hat bei 50 482 (51 420) Mk. Abschreibungen einen Gewinn von 292 827 (284 681) Mark erzielt. Die Dividende betrug wie im Vorjahre 9 Proz. — Die N. O. H. H. G. in Weimar hat im letzten Geschäftsjahre ihr Kapital von 600 000 Mk. auf 900 000 Mk. erhöht. Im Geschäftsjahre 1910/11 wurde bei 27 284 Mk. (8817 Mk.) Abschreibungen 79 849 Mk. (88 048 Mk.) Gewinn erzielt. Die Dividende konnte in beiden Jahren 7 Proz. verteilt werden.

Die Bedeutung des Obligatoriums bei den paritätischen Facharbeitsnachweisen.

(Schluß).

Der Arbeitgeberverband der Holzindustrie von Hamburg hatte übrigens schon einige Wochen vor der Beilegung des Kampfes öffentlich erklärt, daß er das Obligatorium dann annehmen würde, wenn die Arbeitsvermittlung auf „neutralen Boden“ verlegt werde, d. h. in die Hände der paritätischen Gesellschaft übergehe. Also nicht das Obligatorium an sich wird als vertretlich angesehen. Zum Schluß hat der Schutzverband ja auch das letzte Wort gesprochen und hat den mit dem Deutschen Holzarbeiterverband errichteten paritätischen Arbeitsnachweis mit obligatorischer Verpflichtung vertraglich anerkannt. Und ich hoffe bestimmt, daß unter Hamburger Arbeitsnachweis in Zukunft alle die Vorgänge erweisen wird, die kein geringerer als der schon erwähnte Herr Thielkow den obligatorischen Arbeitsnachweisen nachgerühmt hat. So schreibt nämlich Thielkow unter anderem, dem Arbeiter werde dadurch, daß ihm im Nachweis alle vorhandenen offenen Stellen genannt werden, das frühere lästige Anfragen erspart, welches mit vielem Zeitverlust und oft auch mit Kosten verbunden war. Jetzt brauche er nur einen Weg zum Nachweis zu machen, wo er infolge des Benutzungszwanges der Arbeitgeber sämtliche freie Stellen vorfinde, die es am Orte überhaupt gibt, ohne Ansuchen und ohne besonderen Zeitverlust. Sobald derartige Arbeitsnachweise in allen größeren Städten eingerichtet seien, werde der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit ein Ziel gesetzt. Denn es sei auf Grund statistischer Nachweisungen möglich, eine Ausgleichung des Arbeitsmarktes in die Wege zu leiten; die Befreiung von auswärtigen Arbeitsgelegenheiten werde es zu einer natürlichen Regulierung von Angebot und Nachfrage kommen lassen. So bilde dieser Arbeitsnachweis den Weg, auf dem sich die wirtschaftlichen Krisen und damit die Arbeitslosigkeit von ihren Ursachen aus lindern lassen.

Es tut hierbei nichts zur Sache, daß Herr Thielkow bei diesen sehr berechtigten und richtigen Ausführungen nicht die paritätischen, sondern die obligatorischen Arbeit-

im Arbeitgeberzimmer vorgestellt wurden, der unsere Personalien feststellen und uns nach unseren engeren Familienverhältnissen ausforschen wollte, wobei er sich uns gegenüber mit ausgesuchtester Liebenswürdigkeit benahm. Ich ruffte alle meine Schneidigkeiten zusammen, um ihn an Galanterie womöglich noch zu übertrumpfen, obwohl ich ihn innerlich ernstlich verachtete. Der Herr verstand sein unmoralisches Handwerk nicht schlecht, er wollte wenigstens zehn Mann mitnehmen, denn es gelte einen neuen Betrieb, woran er selbst beteiligt sei, mit geeigneten Arbeitskräften zu versehen, und sich zu diesem Zweck noch einige Tage hier in der Stadt aufhalten. Na warte, du Spitzhube, sagte ich mir, dir wollen wir man ein drein. Wir gingen also mit ihm auf die Streibredereagenten, er stiegen einige Penner, die er merkwürdigweise schon kannte und ließen uns freihalten. Wir genierten uns nicht im geringsten, er aber auch nicht und zudem spielte er im Kreise der Pennbrüder gern den Noblen. Am dritten Tag hatten wir acht Jüngens zusammen, nun sollte die Reise beginnen. In zwei Kraftdroschken ging es zur Bahn, aber schon am Bahnhof begannen die Handel mit unserem Herrn. Die Bande — meine Kollegen — hatte ich so ziemlich im Zaum, daß ich es leicht hatte, den Wortführer zu markieren. Wir verlangten unsere Fahrkarten ausgehandelt, die uns der Herr verweigerte; wir machten Madan und stellten uns böseartig; schließlich geriet ich mit dem Agenten hart aneinander, nannte ihn laut einen Schwindler, Galanten, Schmeicheleier, und hatte das Vergnügen, den heimlichen Beifall meiner Kumpane zu finden. Am Ende stiegen wir aber ein in den Zug nach A. Selbstverständlich setzte ich mich tollend abseits, machte allerhand Glossen und Andeutungen und hekte ihm die Kohorte so nach und nach auf den Hals.

Einen um den anderen holte ich kunstfertig aus seiner Nähe und gab mir die redlichste Mühe, die Reutigen bei Kognat und Tee im Speisewagen zum offenen Aufruhr zu bringen, denn kamen wir erst nach A., so hätte der Agent gar leicht gewonnenes Spiel gehabt. Indessen hielt sich mein wirklicher Kollege als stiller Beobachter und frommes Lamm in der Nähe des Herrn und ehe wir noch die halbe Strecke zurückgelegt hatten, mußten alle Gefährten, daß sie sich als Streibredereagenten verkauft hatten. Bis auf einen Hartnäckigen hatte ich sie auf meiner Seite, unter Versprechungen, sie nach A. zurückzubringen usw. waren sie damit einverstanden, bei der nächsten Gelegenheit zu desertieren.

Auf der nächsten Station, wo der Zug hielt, verlangten wir von dem Agenten, essen und trinken zu wollen, bet uns darauf galant nach dem Speisewagen zurück zu dirigieren verfuhrte. Da rief ich laut und energisch den Wahnsteigellner und im Nu standen wir alle um ihn herum und leerten sein Tablett machten uns auch ans Büffet am Herron und waren nicht eben mächtig im Trinken. „Wir gehen nicht wieder ein“, war die Parole. „Einkauf“, meine Herrschaften“, rief uns energisch der Schaffner zu. „Wir bleiben“, schrie ich ihm nach. Aber der Widerpenstige meiner Genossen lief eilends zum Wagen — ich sofort hinter ihm her. Schon war er im Sprung auf dem Trittbrett am Wagenkopf, aber noch rief ich ihn von hinten herunter und stauete durch seine Körperlast rückwärts zusammen. Wir liegen beide am Boden, aus einem Abteilfenster sehe ich den Kopf unseres Agenten herausstrecken mit einer Grimasse voll Wut; ich zieh ihm noch schnell eine Nase und will mich empormachen. Da fällt der Herr, den ich vom Trittbrett herunterholte, über mich her und schon fühle ich auch seine Fäuste auf mich herniederfahren. Irrendeine Uniformkraft befreite mich schnell und schleppt uns alle Mann ins Bureau des Stationsvorstehers. Ein Stationsvorsteher ist immer noch kein preußischer Schuhmann, das habe ich dabei erfahren. Wir wurden anständig und durchaus sachlich verhört, alles protokolliert und sollten abziehen dürfen. Aber, o weh, wir hatten ja keine Fahrkarten, die der Judas im Zug alle verbrochen hatte.

Telephonieren Sie bitte nach der Station, wo der Zug jetzt wohl schon sein wird, der Herr soll bestätigen, daß er für alle acht Personen Fahrkarten gelöst hat.“ Der Vorsteher telephonierte — wir warteten. „Der Herr verweigert die Auskunft“, war die Antwort am Telephon. Da war guter Rat teuer. Auch das wurde dem Protokoll beigelegt, das wir dann alle unterschreiben durften. Schließlich konnten wir gehen, denn wir waren wahrhaftig überflüssig geworden. Wir trennten uns von dem Beamten, wie es unter anständigen Menschen Sitte ist. Am Abend noch fuhren wir alle versöhnt und lustiger Laune nach A. zurück; ich zahlte die Fahrkarten. Unter Gejohle und guter Freundschaft ging die Sippchaft dann auseinander und ich war froh, meinen Streibredereagentenport glücklich beendet zu haben. Der Spitzel wird hoffentlich auf seinen späteren Fahrten diesen Streich nie vergessen und seine Kunst etwas toller betreiben.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Adeln (Gebr. Hoffendahl), **Niedersiedlich** (Adolf Trippler), **Kendzburg** (Eisenwerk Karls-Hütte), **Rosenheim** (Parteitgeschäft Wiesböck), **Sontheim bei Seilbronn** (Metel, Kamerawerk), **Paris**.

Stiftenmachern nach Wünderl. Westf.

Mobeltischlern nach Mendzburg (Eisenwerk Karls-Hütte).

Parteitlegern nach Berlin (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parteitgeschäfte, Thomastraße).

Nordmähern nach Elmshorn, Glückstadt, Rostock (3. Fall), **Schiffdorf** (Müller), **Selstedt** (Allermann), **Lornesch, Netersen, Monkreuz**.

Stockerlern nach Schwewe (Vindenaum u. Bürmann).

Pantinenmachern nach Treuenbrieken.

Schirmmachern nach Berlin (Wichstein).

Stavlermachern nach Berlin (Wichstein).

gebernachweise Hamburger Systems im Auge hatte und empfehlen wollte. Wir dürfen uns wohl berechtigt halten, die guten Gründe für das Obligatorium an sich, auf die es ja ankommt, zum mindesten in gleichem Maße auch für die paritätischen Arbeitsnachweise in Anspruch zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit möge dann auch nochmals darauf verwiesen sein, was ich schon in einem früheren Aufsatz (Arbeitsmarkt, 13. Jahrgang, Nr. 8) anführte, daß zum Beispiel der Arbeitgeberverein im Glasergewerbe in Berlin eine Strafe von 20 Mk., im Wiederholungsfalle 50 Mk. für jede Umgehung seines obligatorischen Arbeitsnachweises beschloß. Der Bauarbeiterverband in München mußte erst durch das Eingangsamt des Gewerbegerichts zur Wiederaufhebung des Obligatoriums seines einseitigen Arbeitsnachweises, als gegen den Tarifvertrag verstoßend, genötigt werden. Wenn die Dinge nun so liegen, wie sie hier an Hand der Tatsachen geschildert sind, welcher Einwand kann dann dagegen erhoben werden, wenn beispielsweise im Reichstags für das deutsche Malergewerbe von den beiderseitigen Verbänden auch die obligatorische Verwendung der in allen Orten zu errichtenden paritätischen Facharbeitsnachweise vereinbart ist? Wenn die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Malergewerbe in Magdeburg und anderen Städten dementsprechend obligatorische Nachweise errichtet und durch ihre Reglements das Annoncieren nach Arbeitskräften und Umschauen der Arbeiter, sowie die Arbeitsvermittlung unter der Hand ausdrücklich verboten haben? Wenn der paritätische Facharbeitsnachweis der Stukkateure in Berlin den Arbeitgebern die Verpflichtung auferlegt, den Bedarf an Arbeitskräften nur durch den Nachweis einzustellen, und das Eingangsamt des Berliner Gewerbegerichts in seinem Schiedsspruch für das Mädelergewerbe den in d. Väter-Zünften abzulehnen, den Grundjahrs anstellte; Umschauen und Inferieren ist verboten? Nach dem Beispiel der Arbeitgeber könnten ja die Gewerkschaften auch für ihre eigenen Verbandsarbeitsnachweise das Obligatorium fordern. Wenn sie das vernünftigerweise nicht tun, soll man ihnen doch keinen Vorwurf daraus machen, daß sie bei den in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern errichteten und geleiteten paritätischen Arbeitsnachweisen die im Interesse beider Parteien liegende obligatorische Verwendung verlangen.

Daß bei einem öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweis dem Obligatorium weit größere Schwierigkeiten entgegenstehen als bei einem Facharbeitsnachweis, dürfte unbestritten sein. Und doch ist von verschiedenen Seiten auch schon für die städtischen Arbeitsnachweise die obligatorische Verwendungspflicht verlangt worden. Bereits im Jahre 1895 hat der Oberbürgermeister Koeb-Brandau als Referent auf dem brandenburgischen Städtetag in Freimwalde gefordert, daß in jeder Gemeinde nicht nur ein allgemeiner Arbeitsnachweis einzurichten sei, sondern auch die Verwendung desselben obligatorisch sein müsse. Und der jetzige Oberbürgermeister Dominicus hat im Jahre 1908 als Delegierter der Stadt Stralsburg der Generalversammlung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise seine Grundzüge zum Entwurf eines Reichsgesetzes betr. Arbeitsnachweise unterbreitet, wonach für die Unternehmer und öffentlichen Behörden bei Ausführung öffentlicher Arbeiten die Verwendung der öffentlichen Arbeitsnachweise obligatorisch gemacht werden sollte. Auch Dominicus, wie übrigens viele andere, wollte dabei die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise als eine obligatorische Aufgabe der größeren Gemeinden angesehen wissen und führte in der Begründung seiner Vorschläge aus, daß sich aus der Natur des Arbeitsnachweises ergebe, daß er seinen Zweck um so eher erreicht, je allgemeiner er den Arbeitsmarkt umfaßt. Die Vorschritt der obligatorischen Verwendung bei Uebernahme öffentlicher Arbeiten sei eine Bestimmung, die bedauerlicherweise erst in wenigen Gemeinden bestünde, aber das naturgemäße Korrelat der Befehlshührung von Arbeitsnachweisen bilde. „Denn es wäre doch ein Unding“, sagt Dominicus, „wenn auf der einen Seite das Reich durch Reichsgesetz die Gemeinden zur Einrichtung öffentlicher Arbeitsnachweise zwingen und auf der anderen Seite die Inanspruchnahme des öffentlichen Arbeitsnachweises dem Belieben der einzelnen Behörden des Reichs (und der einzelnen Unternehmer, müßte wohl hinzugefügt werden) überlassen würde.“

Ein ebensolches Unding wäre es nach meiner Ansicht, wenn die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter

eines Gewerbes mit Aufwendung erheblicher Kosten einen paritätischen Arbeitsnachweis errichten und es dann in das Belieben jedes einzelnen ihrer Angehörigen stellen wollten, ob sie ihn im Bedarfsfalle benutzen oder umgehen wollen.

Mit einigen Worten muß ich mich schließlich noch mit dem eingangs erwähnten Aufsatz von Dr. Naumann-Hamburg beschäftigen. In dem für das Hamburger Holzgewerbe gedachten Vorschlag der Patriotischen Gesellschaft, den insbesondere Dr. Naumann so entschieden vertreten hat, war ja auch das Obligatorium des paritätischen Arbeitsnachweises vorgesehen. Die den Parteien zur Annahme empfohlenen Satzungen enthielten u. a. die folgenden Bestimmungen: die Benutzung des Arbeitsnachweises ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer obligatorisch. Unter gleich geeigneten Verhältnissen um eine Stellung hat der früher gemeldete den Vorzug. Die Einstellung eines Arbeiters ohne Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises ist ausnahmsweise zulässig, wenn der Arbeitsnachweis binnen acht Tagen nicht imstande war, dem Arbeitgeber die gewünschte Arbeitskraft zu senden, doch muß die Einstellung zu den Bedingungen des Tarifvertrages erfolgen, und der Arbeitgeber hat alsbald nach erfolgter Einigung den Arbeiter beim Arbeitsnachweis anzumelden und dabei den tarifmäßigen Vertragsabschluss nachzuweisen.

Mit allen diesen Bestimmungen wäre auch der Holzarbeiterverband am Ende wohl einverstanden gewesen. Die Einigung mußte damals scheitern hauptsächlich an den Vorschlägen, die für die Zusammensetzung der Aufsichtskommission gemacht worden waren. Die Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter sollten der Patriotischen Gesellschaft die Arbeitsvermittlung im Holzgewerbe ganz übertragen, auch die Arbeitsvermittlung sollte die Patriotische Gesellschaft selbständig bestimmen und anstellen. Lediglich zur Erledigung von Beschwerden, nicht also auch zur Aufsicht, sollte eine sogenannte „paritätische Beschwerdeabteilung“ errichtet werden. Die Parität dieser Beschwerdekommission hätte aber ein eigenartiges Gesicht. Die Abteilung sollte nämlich bestehen 1. aus dem Vorsitzenden des Arbeitsnachweises der Patriotischen Gesellschaft, 2. aus je drei vom Arbeitgeberverband der Holzindustrie und dem Deutschen Holzarbeiterverband in Hamburg zu benennenden Mitgliedern, 3. aus zwei von der Verwaltung des Allgemeinen Arbeitsnachweises der Patriotischen Gesellschaft zu ernennenden Mitgliedern, von denen der eine Arbeitgeber, der andere Arbeiter sein sollte.

Hierzu hätte der Deutsche Holzarbeiterverband so gut wie gar keinen Einfluß auf den Arbeitsnachweis gehabt, selbst bei der Erledigung von Beschwerden wären seine Vertreter voraussichtlich stets überstimmt worden, da ja die ausgesprochene Absicht bestand, auch der von den Arbeitgebern gegründeten Organisation der Arbeitswilligen eine Vertretung in der Beschwerdeabteilung einzuräumen. Der Holzarbeiterverband wollte den von der Patriotischen Gesellschaft zu stellenden Vorsitzenden anerkennen, auch sich mit je drei von den beiden Verbänden ernannten Mitgliedern einverstanden erklären, verlangte jedoch die Wahl der anderen beiden Mitglieder durch die Bürgerschaft, d. h. durch das Hamburger Stadtparlament, von dessen finanzieller Unterstützung der Bestand des Arbeitsnachweises abhängig gewesen wäre.

Dr. Naumann hat in seinem Aufsatz die ablehnende Stellung des Deutschen Holzarbeiterverbandes damit erklärt, daß derselbe die „Alleinherrschaft“ auf der Arbeiterseite verlange. Dies Verlangen verstoße aber gegen den Grundsatz der Parität. Der Bedeutung der freien Gewerkschaft war durch die zahlenmäßige Zusammensetzung der Beschwerdekommission vielleicht schon zu weitgehend Rechnung getragen“, meint Dr. Naumann und spricht die Befürchtung aus, daß bei weiterem Entgegenkommen alle Unorganisierten, Firsch-Dunderschen, Christlichen und Gelben rechtlos gemacht und zum Eintritt in die freie Gewerkschaft genötigt worden wären. Die von ihm in einem Artikel des „Hamburgischen Correspondent“ vom 22. Juli in diesem Zusammenhang gebrauchte Einschränkung, daß nämlich für den Augenstehenden nicht festzustellen sei, in wie weit solche Vorwürfe berechtigt sind, hat der Herr Verfasser aus seiner Veröffentlichung im „Arbeitsmarkt“ herausgelassen. Und doch dürfte es ihm schwer fallen, die Berechtigung seiner Befürchtung zu begründen. Ich kann es nicht gelten lassen, was Dr. Naumann in dem erwähnten „Correspondent“-Artikel schreibt: „Es wäre wider die menschliche Natur, von Organisationen, die im wesentlichen Kampfwende verfolgen, zu erwarten, daß sie die Macht, die ihnen in die Hände gelegt wird, wie unparteiische Richter gebrauchen.“

Träte dies harte Urteil wirklich zu, so wäre damit zugleich auch beispielsweise über alle schiedsrichterlichen Instanzen unserer Tarifverträge der Stab gebrochen. Außerdem, wie häufig haben nicht schon vorurteilsfreie Arbeitgeber selbst das strenge Rechtsempfinden und die Unparteilichkeit der Gewerkschaftsvertreter anerkannt. Wie viele Tarifverträge hat der Deutsche Holzarbeiterverband seit Jahren schon gemeinsam mit den Christlichen und Firsch-Dunderschen abgeschlossen, wie oft verhandeln diese drei Richtungen zusammen in den Schlichtungskommissionen, bei Tarifverhandlungen usw. In Berlin sind die Christlichen wie Firsch-Dunderschen auch an der paritätischen Arbeitsvermittlung beteiligt, und sie könnten es in jeder anderen Stadt sein, wo ihre Mitglieder in nennenswerter Zahl vertreten sind. Den von Dr. Naumann empfohlenen Grundsatze, daß der Arbeitsnachweis nicht zum Kampfmittel irgendeiner Partei oder Gruppe werden dürfe, hat der Deutsche Holzarbeiterverband von jeher vertreten, seit die Arbeitgeber begannen, sich mit dem Gedanken der paritätischen Arbeitsvermittlung zu befreunden.

Ich darf hiermit zum Schluß kommen. Die paritätischen Arbeitsnachweise werden ohne Obligatorium niemals zu rechter Entwidlung gelangen. Seine Einführung ist mit keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden, liegt aber im Interesse sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeiter des betreffenden Gewerbes. Ohne Obligatorium ist der paritätische Arbeitsnachweis in vielen Fällen wie ein Messer ohne Klinge.

Neben den speziellen Interessen des Gewerbes spricht dann auch noch ein gewichtiges Allgemeininteresse für das Obligatorium. Seit Jahren wird der Arbeitsmarktstatistik eine steigende Bedeutung für die Beurteilung

unseres Wirtschaftslebens beigemessen. Die regelmäßigen Publikationen der Arbeitsnachweise über ihre Tätigkeit liefern neben den Arbeitslosenzählungen, den Veränderungen der Mitgliederziffern in den Krankenkassen u. a. hierzu ein wertvolles Material. Ist es aber ganz dem guten Willen der Arbeitgeber überlassen, ob sie ihre Befragten an den Arbeitsnachweis melden wollen oder nicht, so entfällt damit natürlich jede Möglichkeit, die Ziffern des Arbeitsnachweises als Gradmesser für die Lage des Arbeitsmarktes im Gewerbe verwenden zu können. Wenn auf der einen Seite nicht alle offenen Stellen an den Arbeitsnachweis gemeldet werden, werden auf der anderen Seite auch nicht alle Arbeitslosen des Berufes es für notwendig erachten, sich daselbst eintragen zu lassen. Viele werden sogar absichtlich den Arbeitsnachweis umgehen, weil sie hoffen, durch Umschauen bei den dem Arbeitsnachweis feindlichen Arbeitsgebern vielleicht schneller eine Arbeitsstelle zu finden. Ein wahres Bild von dem Stand der Konjunktur vermag die Vermittlungstätigkeit eines solchen Arbeitsnachweises natürlich nicht zu geben. Besteht jedoch die obligatorische Pflicht für die Arbeitgeber, jede offene Stelle zu melden, und weiß dann auch jeder Arbeitslose im voraus, daß es andere Arbeitsgelegenheiten als die bei dem Arbeitsnachweis gemeldeten nicht gibt, so ist damit zu rechnen, daß auch die Zählung der Arbeitslosen im Arbeitsnachweis ein vollständiges Material ergibt, dessen Ziffern für eine einwandfreie Arbeitsmarktstatistik verwertbar sind. Vor allen diesen Gründen sollte die Forderung des Obligatoriums für die paritätischen Facharbeitsnachweise allseitig die größte Unterstützung finden.

Soziales.

Die Agitation für ein Judthausgesetz.

Die Begeisterung, mit welcher der Vertreter der Regierung am 11. Dezember im sächsischen Landtag für ein Gesetz zur Vernichtung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter eintrat, hat anstehend gewirkt. Der Ruf nach Ausnahmegesetzen gegen die Gewerkschaften, nach scharfen gesetzlichen Maßnahmen zum Schutze der ehelosen Subjekte, die sich zu Streikbrecherdiensten hergeben, wird immer lauter. Er ertönt nicht nur in den Versammlungen und in der Presse der Scharfmacher, er wird nun auch schon in den Landtagen der Bundesstaaten erhoben. Die Landesregierungen sollen planmäßig aufgepuscht werden, im Bundesrat für das anscheinend in seiner Vorbereitung schon recht weit vorgeschrittene Judthausgesetz einzutreten. Die Gewerkschaften haben alle Ursache, diesen Vorgängen die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden und sich auf einen energischen Abwehrkampf vorzubereiten.

Dem Vorstoß der sächsischen Konservativen, denen der Minister Graf Bismarck v. Schönlank ein so großes Entgegenkommen bewiesen hat, sind sehr bald die sich nationalliberal nennenden Mitglieder des Parlaments der Republik Hamburg gefolgt. Am 20. Dezember haben 71 Mitglieder der Bürgerschaft den folgenden Antrag eingebracht:

„Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, im Bundesrat die in Aussicht gestellten Anträge der königlich sächsischen Regierung tunlichst zu unterstützen, die einen besseren Schutz der Arbeitswilligen durch Ergänzung und Aenderung der einschlägigen reichsgesetzlichen Bestimmungen bezwecken, insbesondere auch auf ein Verbot des Streikpostenstehens hinzuwirken.“

Die Herren hatten es sehr eilig, ihre reaktionären Absichten zu verkünden, und so wurde die Beratung des Antrages auf den 10. Januar, zwei Tage vor den Reichstagswahlen, angesetzt. In dieser Sitzung wurde selbst von bürgerlicher Seite darauf hingewiesen, daß die Forderung eines Verbots des Streikpostenstehens sehr einseitig ist, da sich die Unternehmer zum mindesten nicht seltener gegen das Koalitionsrecht vergehen, als die Arbeiter. Arbeitgeber maßregeln nicht nur sehr häufig Arbeiter, die sich bestimmten Organisationen anschließen, sie bekämpfen auch die Arbeitgeber, die sich der Arbeitgeberorganisation nicht anschließen wollen. Zum Beweis für den Terrorismus, dessen sich die Arbeitgeber schuldig machen, verwies der Redner, Bürgerschaftsmitglied Sieverts, nicht nur auf das vielbenutzte System der Schwarzen Listen, er erinnerte insbesondere auch an den kürzlich beendeten Kampf im Holzgewerbe, bei welchem eine Reihe von Unternehmern über andere, die sich an der Aussperrung nicht beteiligten, die Materialsperrung verhängten.

Von sozialdemokratischer Seite nahm sich Genosse Paepelow die Scharfmacher gründlich vor. Er zeigte an der Geschichte des Koalitionsrechtes, daß alle Beschränkungen der Koalitionsfreiheit Ausnahmegesetze gegen die organisierten Arbeiter gewesen sind. Dann behandelte er die ungeschicklichen Schikanen, mit welchen die Streikposten ohnehin verfolgt werden. An der Hand konkreter Beispiele schilderte er die moralischen Qualitäten der Streikbrecher, für deren Schutz sich die Antragsteller recht so sehr interessieren. Anschließend der letzten großen Aussperrung im Hamburger Baugewerbe fand die Scharfmacher mit den schärfsten Maßnahmen wirtschaftlicher Vergewaltigung gegen die Firmen vorgegangen, welche bewilligt hatten, und von der Leitung der Unternehmerorganisation wurde offen zugegeben, daß die Einigkeit unter den Arbeitgebern nur durch Zwang aufrechtzuerhalten sei. Ein Schlußwörter in S. hsen hat einmal offen ausgeplaudert, daß der Verband keine Beiträge brauche, weil die Nichtmitglieder des Materiallieferungsverbandes das Material dreimal teurer bezahlen müssen als die Mitglieder.

Den Scharfmachern war diese Rede sehr unangenehm, und der Sprecher, den sie noch vorzickten, vermochte auf die Frage, weshalb sie nicht auch Maßnahmen zum Schutze vor dem Terrorismus der Unternehmer verlangen, keine Antwort zu geben. Er fand aber das richtige Wort, als er erklärte, daß es sich hier um Machtfragen handle. Die

Scharfmacher glauben die Macht in Händen zu haben, und sie wollen sie rücksichtslos gegen die Arbeiter ausüben.

Die Debatte in der Hamburger Bürgerchaft ist nicht zu Unrecht, sondern verdammt worden. Es ist auch im Grunde genommen ziemlich gleichgültig, wie sie schließlich ausgeht. Dank der Offenherzigkeit der sächsischen Regierung weiß man, daß in den Reichstagen an einem Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaften gearbeitet wird, und es ist anzunehmen, daß eine entsprechende Vorlage dem neuen Reichstag in nicht zu ferner Zeit unterbreitet werden wird. Wie das Volk über solche Pläne denkt, hat es am 19. Januar in sehr deutlicher Weise zum Ausdruck gebracht, und die glänzende Wiederwahl der selbsterwählten sozialdemokratischen Abgeordneten in Hamburg war die richtige Antwort auf den Antrag der Scharfmacher in der Bürgerchaft. Aber noch steht die schließliche Zusammenfassung des Reichstages nicht fest; in einer sehr großen Zahl von Wahlkreisen fällt die Entscheidung erst in der Stichwahl. Hier gilt es, die reaktionären Kandidaten unter allen Umständen zu Falle zu bringen, um zu verhüten, daß eine Mehrheit im Reichstag zustande kommt, die bereit ist, Ausnahme Gesetze gegen die Gewerkschaften zu bewilligen.

Aber der Stimmzettel ist nicht die einzige Waffe, die uns zur Verfügung steht. Die unseren Organisationen drohenden Gefahren müssen uns erst recht veranlassen, uns mit allem Eifer der Agitation für die Ausbreitung der Gewerkschaften zu widmen. Unablässig müssen wir daran arbeiten, unsere Verbände so stark und leistungsfähig zu machen, daß auch der böseste Wille der Scharfmacher innerhalb und außerhalb der Gesetzgebung ihnen nichts anhaben kann.

Leitfaden für das Heilverfahren während der Wartezeit hat das Reichsversicherungsamt herausgegeben. In einem Rundschreiben an die gewerblichen Berufsvereinigungen weist das Reichsversicherungsamt einleitend darauf hin, daß vor allem auf dem Lande noch Mängel auf dem Gebiete des Heilverfahrens bestehen. Bei einer erheblichen Zahl entschädigter Betriebsunfälle haben nicht unabwendbare und unvermeidliche Unfallfolgen, sondern ein unzureichendes oder zu spät eingeleitetes Heilverfahren die Höhe der Rente ungünstig beeinflusst. Deshalb wurden die Leitfäden, die nur allgemeine Richtlinien für die Verwaltungen der Berufsvereinigungen geben sollen, vom Reichsversicherungsamt in eingehenden Verhandlungen mit Vertretern der Berufsvereinigungen, der Versicherten und der Ärzte aufgestellt.

Die Leitfäden selbst besagen, daß schon in der Wartezeit, nämlich in den ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall, im Interesse des Unfallverletzten und der Berufsvereinigungen alles Geeignete veranlaßt werden muß, um den Eintritt einer wesentlichen Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit über die 13. Woche hinaus zu verhindern oder wenigstens die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit auf das geringste Maß zurückzuführen. Die Berufsvereinigungen haben sich deshalb, nachdem sie von dem Unfall Kenntnis erhalten hat, unverzüglich davon zu überzeugen, ob die Krankenkasse ein nicht nur auf die Heilung, sondern auch auf die Wiederherstellung der Gebrauchsfähigkeit des Körpers gerichtetes Heilverfahren eingeleitet hat. Andernfalls soll sie selbst ein möglichst wirksames Heilverfahren einleiten. Das soll insbesondere bei einer Reihe von Schäden geschehen, die in den Leitfäden einzeln aufgeführt werden. Als Fürsorgemaßregeln, die von der Berufsvereinigungen zu ergreifen sind, kommen in Betracht: Die Sicherstellung der Diagnose, nötigenfalls durch Kräfteuntersuchung, Beteiligung eines erfahrenen Sacharztes an der Behandlung und Übernahme des Heilverfahrens durch Gewährung ambulanten Behandlung oder durch Überweisung an eine geeignete Heilanstalt.

Bei Ausrenkung großer Gelenke, Sehnenverletzungen, Augenverletzungen, bei infektiösen Vorgängen, insbesondere bei Verdacht auf Malaria, bei ausgedehnten Brandwunden und zunächst auch bei Verletzungen innerer Organe ist das Heilverfahren möglichst sofort, bei anderen Verletzungen möglichst binnen 10 Tagen nach dem Unfall zu übernehmen. Schon der erste, meist für den weiteren Verlauf entscheidende ärztliche Eingriff (Einrenkung, Amputation, Resektion usw.) soll möglichst durch den Facharzt in der Heilanstalt erfolgen. Hierbei wird darauf hingewiesen, daß bei der Inanspruchnahme aller zur Verfügung stehenden Hilfsmittel, z. B. Krankenwagen, Eisenbahnkrankenwagen, Tragbahnen, die nötigenfalls auf eilige Bestellungen von der nächsten Eisenbahnstation beschafft und teilweise überlassen werden, durch Ruhigstellung der verletzten Körperteile mittels großer, dem Krankenarzt angemessener zu vergütender Ueberführungsgepäckverbände, die Ueberführung des Verletzten fast immer sofort ausführbar ist. Bei der Heilung des frischen Falles muß der Arzt durch sachgemäße Maßnahmen darauf achten, daß Verwundungen, Verwundungen, Verwundungen, Verwundungen, Verwundungen und Verwundungen vermieden werden.

Um die rechtzeitige Uebernahme des Heilverfahrens durch die Berufsvereinigungen sicherzustellen, soll durch Ordnungsmaßnahmen gegen die Betriebsunternehmer auf den rechtzeitigen Eingang der Unfallanzeige hingewirkt werden. Wenn Zweifel darüber bestehen, ob ein Unfall oder Betriebsunfall vorliegt, dann ist die Sachlage schleunigst aufzuklären. Bestehen die Zweifel trotzdem fort, dann ist gegebenenfalls die Krankenkasse auf die Notwendigkeit eines zweckmäßigen Heilverfahrens hinzuweisen. Auch wenn die Krankenkasse ein einwandfreies Heilverfahren eingeleitet hat, empfiehlt es sich, wegen der Möglichkeit nachteiliger Zwischenfälle, das Heilverfahren zu überwachen.

Die Leitfäden, aus denen wir vorstehend einen kurzen Auszug gegeben haben, sind, wenn sie entsprechende Beachtung finden, wohl geeignet, die schlimmen Folgen mancher Unfälle herabzumindern. Es darf aber nicht übersehen werden, daß viel wertvoller noch als die beste Unfallheilerung die Unfallverhütung ist. Und auf die präventiv-sprechende Gestaltung der Betriebe und die strengste Befol-

gung der Unfallverhütungsvorschriften können und müssen auch die Arbeiter unablässig hinwirken.

Preussische Schande. Im preussischen Landtag ist es im vorigen Jahre mit Mühe und Not gelungen, ein Feuerbestattungsgesetz zustande zu bringen. Die Feuerbestattung ist also jetzt zum Vorrang der Rudef, auch in Preußen zulässig. Es geht aber mit dem Feuerbestattungsgesetz ähnlich wie mit anderen Gesetzen, die den Machthabern nicht gefallen. Durch Ausführungsbestimmungen und Auslegungskünste wird die Ausübung des gesetzlich gewährleisteten Rechtes nach Möglichkeit erschwert. Wie man den preussischen Staatsangehörigen die Feuerbestattung zu berechnen sucht, das ergibt sich deutlich aus einigen Dokumenten, welche die „Blätter“, das Organ der deutschen Feuerbestattungsvereine, veröffentlicht.

Es handelt sich um eine 74 Jahre 4 Monate alte gewordene Dame, die an Milzdrüsenkreislauft gestorben ist. Die letztwillige Verfügung der Verstorbenen, daß ihre Leiche verbrannt werden soll, muß notariell beglaubigt sein. Kostenpunkt unter Zugrundelegung eines Objekts von 8000 Mk. = 22,00 Mk. Für die polizeiliche Bescheinigung darüber, daß der Tod nicht durch eine strafbare Handlung herbeigeführt ist, sind 3 Mk. Stempelposten bezahlt. Ebenfalls kostet die amtärztliche Bescheinigung über die Totenschau. Ein dritter Taler Stempelposten ist für die amtärztliche Bescheinigung über die vorschrittmäßige Einsargung erlegt worden. Ob außer den Stempelposten noch sonstige Gebühren zu entrichten waren, ist aus den Akten selbst nicht ersichtlich.

Die amtärztlichen Bescheinigungen über die Totenschau und über die vorschrittmäßige Einsargung mühen, trotz des ersten Gegenstandes, durch ihre Unverständlichkeit fast komisch an. So wird z. B. die Kleidung der Leiche und die innere und äußere Ausstattung des Sarges sehr umständlich beschrieben, wobei auch die Angabe nicht fehlt, daß der Sargboden mit einer 5 Zentimeter hohen Schicht von Sägespänen bedeckt war. Offenbar beruhen diese detaillierten Angaben auf einer ministeriellen Vorschrift. Geradezu empörend aber ist es, daß auf Grund dieser Regierungsverordnung in der Bescheinigung über die Totenschau folgende Feststellung gemacht wurde:

Die Virginität (Jungfräulichkeit) ist, soweit sich dieses feststellen läßt, vorhanden.

Man kann es schließlich verstehen, daß vor der Verbrennung einer Leiche die Feststellung der Todesursache durch einen beamteten Arzt verlangt wird. Aber welchen Zweck es haben soll, die Jungfräulichkeit an den Leichen unehelicher weiblicher Personen festzustellen, ist schlechterdings nicht zu begreifen. Derartige Feststellungen, die man als Leichenschändung bezeichnen muß, sind ein Denkmal der Schmach für diejenigen, die sie erlassen haben.

Die Vorschrift, die Virginität bei der Feuerbestattung vorausgehenden Totenschau festzustellen, ist in den letzten Tagen vom preussischen Minister des Innern wieder aufgehoben worden, nachdem die Wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen die Frage nach dem Vorliegen eines praktischen Bedürfnisses für diese Feststellung verneint hat. Eine Schande bleibt es aber trotzdem, daß eine derartige Vorschrift überhaupt erlassen werden konnte.

Verlängerung der Amtsdauer der Vertreter bei den Versicherungsanstalten. Nach einer Bekanntmachung des Reichsfinanzministers hat der Bundesrat auf Grund des Artikels 4 Absatz 2 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß die Amtsdauer der gegenwärtigen Mitglieder der Ausschüsse der Versicherungsanstalten sowie der gegenwärtigen Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in den Vorständen der Versicherungsanstalten bis zum 31. Dezember 1918 dauert.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 3. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig geworden.

Auf unsere wiederholte Bekanntmachung, betreffend die Ablieferung der vollgelebten Mitgliedsbücher machen wir die Mitglieder in allen Bahnhöfen hierdurch nochmals aufmerksam. An die Bahnhöfenleiter richten wir das Ersuchen, die vollen Bücher umgehend zur Ausstellung von Ersatzbüchern an die Hauptkasse einzusenden.

Arbeitslose Mitglieder haben nach § 33 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Im Interesse einer vollständigen Arbeitslosenstatistik liegt es, daß jedes arbeitslose Mitglied, auch wenn nicht unterstützungsberechtigt, die rechtzeitige Meldung nicht versäumt. Für die Berechnung der Unterstützung gilt der Tag der Meldung als Beginn der Arbeitslosigkeit. Nach Ablauf von sieben Tagen nach der ordentlichen Meldung (§ 34) beginnt der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Nachstehend bezeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 11758 Fritz Wuntrup, Tschl., geb. 14. 11. 66 zu Limbühl.
- 154628 Herm. Kettelhaut, Tschl., geb. 18. 12. 79 zu Danzig.
- 158179 Gust. Mittendorf, Tschl., geb. 7. 8. 84 zu Brunnensee.
- 186048 Joseph Unverfahrt, Tschl., geb. 16. 10. 84 zu Laer.
- 257827 Ehm. Roder, Stellm., geb. 17. 9. 80 zu Altmehschel.
- 285050 Alfred Wenzel, Tschl., geb. 4. 10. 85 zu Breslau.
- 409898 Otto Seibold, Tschl., geb. 16. 1. 90 zu Schönau.
- 435672 Otto Matern, Masch.-Arb., geb. 27. 7. 87 zu Friedland.
- 462697 Max Gauger, Tschl., geb. 8. 2. 91 zu Gr. Tschlow.
- 477943 Heim. Grohmann, Riffenm., geb. 9. 1. 88 zu Bünde.
- 534925 Peter Grieben, Mod.-Tschl., geb. 22. 7. 92 zu Köln.
- 567286 Richard Griebach, Tschl., geb. 21. 12. 92 zu Liesensfurt.
- 576108 Georg Wolf, Tschl., geb. 24. 10. 89 zu Eulau.
- 581719 Karl Fodes, Tschl., geb. 27. 5. 69 zu Düsseldorf.
- 594361 Joseph Kohnstädter, Tschl., geb. 21. 11. 76 zu Salzburg.
- 595015 Max Kalnische, Tschl., geb. 25. 5. 89 zu Kolberg.

Berlin S. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Sammler. West. Der Zeitung der christlichen Bahnhöfe scheint die Notiz in Nr. 50 unserer Zeitung arg auf die Nerven gefallen zu sein, denn dieselben machen ihrem bebrängten Herzen in Nr. 1 ihres Verbandsorgans in 82 Zeilen Luft. Zunächst wird uns der Vorwurf gemacht, daß ein nicht stimmberechtigtes Mitglied unserer Verwaltung, das in einer wichtigen Frage den anwesenden Bevollmächtigten sprechen wollte, sich zum Anwalt unserer Interessen aufgeworfen hätte. Der betreffende Kollege ist noch nicht lange genug in unserer Bahnhöfe, um zu wissen, daß man die Ausführungen des Führers der hiesigen christlichen Bahnhöfe nicht ganz für voll nehmen darf. Denn wenn der brave Christ in Feuer gerät, geht der Mund mit ihm durch, was bei den übrigen Kollegen von uns nur ein Lächeln hervorruft. Dann erregen sich die christlichen Einsender darüber, daß der Vorschlag der Kandidaten von einem Unorganisierten gemacht wurde, weil, man höre und staune, die „Genossen“ zu jaghaft gewesen wären. Die Herren erwähnen aber nicht, daß der betreffende Kollege im vorigen Jahre Mitglied des christlichen Verbandes war. Auch wird von Nachkollegen, die keine Streit arbeitswillig waren, gefaselt, als ob uns diese als Hilfstruppen unterstellt hätten. Dabei war es nur eine Stimme für uns, während christlicherseits diese Nachkollegen gern gesehen wurden, sofern sie mit ihrem Kandidaten die Stimme gaben. Wie beliebt diese Nachkollegen bei den Christen sind, geht schon daraus hervor, daß die christlichen Streikbrecher ruhig im Solgarbeiterverband bleiben konnten, einer sogar als Vertrauensmann. Das ist ein famoseres Gegenstück zu dem uns vorgeworfenen Mangel an Selbstbewußtsein. Die alte Behauptung, die sozialdemokratischen Abgeordneten hätten gegen die Einführung der Krankenversicherung gestimmt, wegen die Christenbrüder jetzt allerdings in dieser allgemeinen Fassung nicht mehr aufrecht zu erhalten. Sie schränken die Behauptung ein und geben damit selbst zu, daß jene Arbeitervertreter nur gegen die arbeitserhebigen Bestimmungen votierten, während das Zentrum solche ruhig schloß. Trotz aller schwarzen Verdrehungskünste wird es auch hier einmal Tag werden, und der helle Tag wird keine Dunkelmänner bringen.

Umbau, Wobensee. Im neuen Jahre müssen wir bestrebt sein, das Veräumnis vom vergangenen Jahre nachzuholen. In jedem einzelnen Kollegen muß daher der dringende Appell gerichtet werden, an der Lösung dieser Aufgabe recht kräftig mitzuwirken. Das kann man am besten durch fleißigen Besuch der Versammlungen im neuen Jahr. Oft kann man die faule Ausrede hören, warum in die Versammlung gehen, was dort vorkommt, habe ich schon lange vergessen, es ist doch immer das Gleiche. Wenn man aber feststellen muß, daß es immer dieselben Kollegen sind, die durch Abwesenheit glänzen, dann müssen wir sagen, solche Kollegen vergessen sich selber. Ein jeder von uns weiß, daß wir in Umbau nicht auf Rosen gebettet sind und es jedem einzelnen zum Nutzen gereicht, wenn er mithilft, unsere Sache zu fördern. Auch haben wir es im neuen Jahre doppelt notwendig, daß wir alles daran setzen, unsere Jahresrenten für den Verband zu gewinnen. Laßt doch im Frühjahr 1918 unser Tarif ab. Darum, Kollegen, weg mit der Flaute! Ein jeder muß sich bemühen, daß er seine ganze Kraft in den Dienst des Verbandes stellen muß, wenn es vorwärts gehen soll.

Mastenburg. Der Besuch unserer Mitgliederversammlungen hat im letzten Jahre leider recht oft zu wünschen übrig gelassen und wurde dadurch die Verbandsarbeit oft recht erschwert. Einen Einfluß auf unsere Arbeitsverhältnisse können wir doch nur gewinnen, wenn alle Kollegen an einem Stränge ziehen. Dazu aber ist regelmäßige Verständigung nötig. Die Verwaltung wird sich nun bemühen, die Zusammenkünfte so interessant als möglich zu gestalten, erwartet dafür aber auch deren regelmäßigen Besuch.

Dänemark. Der Versuch, deutsche Wirtinnenmacher gegen ihre dänischen Kollegen auszuspielen, ist hier erfreulicherweise gescheitert. Eine hiesige Fabrik hatte sich vor einigen Jahren einen jungen Werkführer in der Person des Wirtinnenmachers Franz Toppel aus Neuruppin zugelegt, der nun auch deutsche Gesellen einstellte und sonderbarerweise versuchte, den dänischen Kollegen niedrigere Preise zu zahlen als den Ausländern. Das liehen jedoch die letzteren nicht zu. Im Betriebe besteht erfreulicherweise ein recht kollegiales Verhältnis unter den Arbeitern, wodurch es auch ermöglicht wurde, im Oktober 1911 einen neuen verbesserten Tarif mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren.

Sterbetafel.

- Josef Grund, Tischler, 52 Jahre alt, gest. 10. Oktober 1911 zu Pöhlstadt.
- Wilhelm Gausler, Maschinenarbeiter, 58 Jahre alt, gest. 10. Dezember 1911 zu Leipzig.
- Hermann Pfeiffer, Tischler, 55 Jahre alt, gest. 10. Dezember 1911 zu Leipzig.
- Fritz Weber, 87 Jahre alt, gest. 17. Dezember 1911 zu Wülhausen i. G. (Unglücksfall).
- Nudolf Grogus, gest. 24. November 1911 zu Danzig (Magentrebs).
- Ronrad Klupp, Modellstecher, 68 Jahre alt, gest. 9. Dezember 1911 zu Wittenberg.
- Wilhelm Wecklinger, Schmied, 69 Jahre alt, gest. 17. Dezember 1911 zu Brandenburg a. S. (Herzschlag).
- Wilhelm Specht, Tischler, 87 Jahre alt, gest. 20. Dezember 1911 zu Ferne (Luftröhrentarax und Lungenentzündung).
- Hermann Stephan, Tischler, 58 Jahre alt, gest. 8. Dezember 1911 zu Weihen.
- Martha Sackendorfer, 26 Jahre alt, gest. 7. Dezember 1911 zu Schmöln (Lungenentzündung).
- Max Bauer, Tischler, 86 Jahre alt, gest. 21. Dezember 1911 zu Saalfeld (Hirnblut).
- Otto Reiser, Tischler, 21 Jahre alt, gest. 14. Dezember 1911 zu Saalfeld (Lungenentzündung).
- Dabth Bösch, 85 Jahre alt, gest. 22. Dezember 1911 zu Danzig (Lungenleiden).
- Jacob Gaus, Partelleger, 68 Jahre alt, gest. 30. Dezember 1911 zu Stuttgart.

- Franz Bengenfelden, Tischler, 38 Jahre alt, gest. 28. Dezember 1911 zu Frankfurt a. M.
- P. Schumann, 27 Jahre alt, gest. 28. Dezember 1911 zu Neumünster.
- Ernst Wentscher, Holzarbeiter, 48 Jahre alt, gest. 28. Dezember 1911 zu Hinterjessen (Lungenentzündung).
- Adolf Schubert, 18 Jahre alt, gest. 24. Dezember 1911 zu Plufferswalde (Scharlach).
- Paul Schirmer, Stelmacher, 33 Jahre alt, gest. 30. Dezember 1911 zu Kiperid (Lungenentzündung).
- Hosine König, Pinselmacherin, 53 Jahre alt, gest. 12. Januar 1912 zu Nürnberg.
- Wilhelm Strohmater, Maschinenarbeiter, 25 Jahre alt, gest. 4. Januar 1912 zu Fellbach.
- Josef Miratsch, Tischler, 44 Jahre alt, gest. 6. Januar 1912 zu Kissingen (Gehirn Schlag).
- Johann Schillfarth, Bleistiftarbeiter, 67 Jahre alt, gest. 10. Januar 1912 zu Nürnberg.
- Kudolf Krause, Schneidemüller, 55 Jahre alt, gest. zu Remel. (Herzkrankheit).
- Albert Ost, Tischler, 33 Jahre alt, gest. 22. Dezember 1911 zu Gelsenkirchen. (Lungenentzündung).
- Friedrich Krihbe, Tischler, gest. 20. Dezember 1911 zu Gildesheim.

**Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.**

Unsere Lohnbewegung.

In Seilbronn sind die Arbeiter des Metall-Kamerawerkes immer noch ausgesperrt. Die Direktion gibt sich der Hoffnung hin, geeignete Arbeiter in genügender Zahl zu finden, die sich für die billigeren Bedingungen verlaufen werden. Zu diesem Zweck werden in auswärtigen Zeitungen Arbeitergesuche unter falscher Darstellung der Tatsachen veröffentlicht. Es heißt darin unter anderem: „Wir waren gezwungen, eine Anzahl Arbeiter zu entlassen, die sich, von anderer Seite aufgehetzt, weigerten, bei hohen, ausprobierten Akkordlöhnen in einem Akkordsystem zu arbeiten, das schon jahrelang in der gesamten Industrie zum Vorteil der Arbeiter eingeführt ist und sich bestens bewährt hat.“ Dieses angeblich jahrelang bewährte Akkordsystem ist der Kolonnenakkord, der in unserem Beruf den Arbeiter zum Antreiber und Ausbeuter seines eigenen Kollegen macht, ohne ihm selbst einen Gewinn zu bringen. Dagegen haben sich die Arbeiter mit Recht gewehrt. Völlig unzutreffend ist aber die Behauptung von den „hohen, ausprobierten“ Akkorden. Die Preise sind vielmehr so angesetzt, daß die Arbeiter nur einen verhältnismäßig geringen Verdienst erzielen können. Die Firma weiß das sehr wohl, behauptet aber in der Öffentlichkeit das Gegenteil, um Arbeitswillige zu fischen. Bis jetzt ist ihr das allerdings noch nicht gelungen, und werden die Kollegen allerorts gebeten, uns auch künstig dadurch zu unterstützen, daß sie die hiesige Ortsverwaltung von etwa auftauchenden Inseraten unterrichten und nötigenfalls Gegeninserate erlassen. Der Zuzug von Tischlern, Kollern und Maschinenarbeitern ist fernzuhalten.

In Minden i. Westf. sind von der Aussperrung in der Bismarck-Lithografie-Gesellschaft rund 50 Kollegen erfaßt worden. Noch mag sich der Herr Kommerzienrat mit der Hoffnung trösten, seinen Betrieb von den bösen Verbänden freihalten zu können. Die Zeit wird auch ihm lehren, daß so etwas heute nicht mehr möglich ist. Die Arbeiter verkaufen ihr Vereinigungsrecht heute nicht mehr um einen Zubehörslohn.

In Pinneberg haben am 2. Januar wieder Verhandlungen mit dem Korbmachermeister der westholsteinischen Orte stattgefunden, und zwar auf Veranlassung der Meister. Die Verhandlungen führten dazu, daß diejenigen Arbeitgeber, welche ausschließlich Pflichten erfüllen, den Tarif bis auf zwei nebensächliche Punkte anerkannt haben. Mit den Arbeitgebern, bei welchen auch andere Arbeiten, wie Pflichten, Stammenkörbe usw. angefertigt werden, ist eine Einigung noch nicht erzielt worden. Es sind das die Meister in Glüfshadt, Lörnefch und Uelersheim. Nach letztgenannten Orten ist der Zuzug noch fernzuhalten.

In Mostviertel dauert der Streik der Korbmacher bei Fall fort. Arbeitswillige haben sich trotz der Bemühungen der Firma noch nicht gefunden.

Ausland.

Der Kampf der jüdischen Vorstenarbeiter in Rußland ist mit einem vollen Erfolg beendet worden. Die Vorstenarbeiter haben eine gute Organisation, welche dem Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland („Dumb“) angeschlossen ist. Diese Organisation ist natürlich gesetzlich nicht anerkannt, aber deshalb ist ihr Wirken, wie dieser Streik wiederum beweist, nicht erfolglos. Die Vorstenarbeiter im Nordwestgebiet Rußlands haben sich in dem revolutionären Sturmjahr 1906 den Achtstundentag erkungen. Im Sommer 1909 versuchten die Unternehmer durch eine umfangreiche Aussperrung die Errungenschaft wieder rückgängig zu machen, aber vergeblich. Diese Aussperrung hatte jedoch die Arbeiter so geschwächt, daß sie sich später die Wiedereinführung des neun- und zehnständigen Arbeitstages gefallen lassen mußten. Im Anfang des Jahres 1910 wurden in Mischitzsch, einer Stadt, die von dem allgemeinen Kampf verschont geblieben war, 2000 Vorstenarbeiter ausgesperrt, es gelang ihnen aber in einem 17 Wochen langen Kampf den Achtstundentag zu behaupten. Nach der Beendigung dieser Aussperrung begannen die Vorstenarbeiter in den Gouvernements Wilna, Minsk, Minsk und Suwalki den Kampf um die Wiedereinführung des Achtstundentages, der nun nach monatelanger Dauer erfolgreich beendet werden konnte. Den wackeren Kämpfern, die nicht nur dem Hunger trotzte, sondern auch durch die Brutalität der russischen Polizei nicht überwunden werden konnten, gebührt hohe Anerkennung. Wie ausgeprägt die Massenscheidung in dem Gebiet ist, erkennt man aus dem Umstand, daß die Unternehmer, die selbst Juden sind, sich Streikbrecher aus den Reihen der Schwarzen Hunderte scheiden ließen, die sich zwar an den blutigen Judenverfolgungen in Rußland

erfolgreich beteiligt hatten, aber für die ihnen zugewiesene Arbeit unbrauchbar waren. Die Streikenden wurden durch die Gewerkschaftsverbände in Petersburg und Moskau und durch das Auslandskomitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland (Genf, Rue de Carouge 81) unterstützt. Letzteres veröffentlicht jetzt die Abrechnung über das Ergebnis der von ihm eingeleiteten Sammlung, welche 1880,18 Frank ergeben hat.

Aus der Holzindustrie.

Was kostet und was nützt uns der Verband?

Durch die bürgerliche Presse lief kürzlich eine von den bekannten rührsamen Geschäften, die den Zweck verfolgen, die Arbeiter von der wirksamen Wahrnehmung ihrer Interessen abzuhalten. Ein Arbeiter macht in dieser Erzählung eine Aufzählung, nach welcher er in 16 Jahren für seine Organisation 1845 Mk. direkt ausgegeben und dazu noch 2568 Mk. an Arbeitslohn bei Streiks usw. eingebüßt habe. Er hätte also nicht weniger als 4413 Mk. „sparen“ können, wenn er der Organisation nicht angehört hätte. Es ist inzwischen nachgewiesen worden, daß diese Rechnung nicht von einem Arbeiter, sondern von einem berufsmäßigen Verleumder der Arbeiterorganisation aufgemacht wurde. Aber auch ohnehin war es für jeden Kenner der Arbeiterverhältnisse klar, daß die Rechnung nichts weiter ist, als ein grober Schwindel.

Unser Verbandsvorstand hat jedoch ein übriges getan und nicht nur die Rechnung des Schwindelmeyers nachgeprüft, sondern auch eine richtige Rechnung aufgestellt, aus welcher ersichtlich ist, was das einzelne Mitglied für den Verband ausgegeben hat, und was die Organisation dafür leistet. Das Ergebnis dieser Rechnung ist in einem Flugblatt niedergelegt, welches unter der Überschrift: „Was kostet die Organisation?“ dieser Tage herausgegeben wurde. Die Rechnung stützt sich auf die Abrechnungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes für die 15 Jahre von 1896 bis 1910. Hierbei ist natürlich berücksichtigt, daß der Verbandsbeitrag früher weit niedriger war als heute. Er betrug im Jahre 1896 nur 15 Pf. wöchentlich und stieg allmählich mit dem Ausbau unserer Unterstützungsanstalten bis zur jetzigen Höhe von 60 Pf. Nach den Verbandsabrechnungen beträgt nun in dieser Zeit der durchschnittliche Verbandsbeitrag pro Mitglied 220,85 Mk. und an Extrabeiträgen hat jedes Mitglied im Durchschnitt 18,85 Mk. geleistet. Das ist an direkten Ausgaben für den Verband in 15 Jahren 245,20 Mk.

Als Gegenleistung gewährt der Verband in den gleichen 15 Jahren auf den Kopf des Mitgliedes:

Reiseunterstützung	9,10 Mk.
Arbeitslosenunterstützung (seit 1904)	24,08 "
Krankenunterstützung (seit 1907)	12,78 "
Gemäßregelunterstützung	8,18 "
Sterbegeld	8,04 "
Unfallunterstützung	2,56 "
Notfallunterstützung	0,42 "
Rechtsschutz	1,79 "
Streikunterstützung	77,89 "
Zusammen in 15 Jahren	184,83 Mk.

Zieht man diese Einnahmen des Mitgliedes von seinen Ausgaben ab, dann bleiben nur noch 110,87 Mk. direkte Ausgaben für den Verband. Und selbst wenn man soweit geht, die Verzehrungskosten beim Besuch der Versammlungen mit als Ausgaben für den Verband in Rechnung zu stellen, verbleiben nur 15,19 Mk. Jahresausgabe.

Will man aber den Wert der Gewerkschaft prüfen, dann darf man sich nicht darauf beschränken, die den Mitgliedern direkt gewährten Unterstützungen in Betracht zu ziehen. Der Zweck der Organisation ist es doch, den Berufsgenossen bessere Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Auf diesem Gebiete liegt die Stärke des Verbandes. Zur Beantwortung der Frage, was der Verband für die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen geleistet hat, muß man zunächst die aufgenommenen Statistiken zu Rate ziehen. Seit dem Jahre 1898 bis zum Jahre 1906 ist der durchschnittliche Wochenverdienst der deutschen Holzarbeiter von 18,99 Mk. auf 25,18 Mk. gestiegen; in dem gleichen Zeitraum wurde die wöchentliche Arbeitszeit von 61,5 Stunden auf 57,0 Stunden verkürzt. Das heißt, die durchschnittliche Jahreseinnahme des Holzarbeiters ist um 800 Mk. gestiegen, dabei aber seine wöchentliche Arbeitszeit um 4 1/2 Stunden kürzer geworden.

Damit sind jedoch die Errungenschaften der Holzarbeiter, die sie ihrer Organisation zu danken haben, nicht erschöpft. Zwar hat der Deutsche Holzarbeiterverband seit dem Jahre 1906 eine allgemeine Statistik über Arbeitszeit und Löhne nicht aufgenommen, aber aus der Statistik über die Lohnbewegungen und Streiks ist es möglich, einen Überblick über die erzielten Erfolge zu gewinnen. Diese Erfolge zeigen folgendes Bild:

Jahr	Arbeitszeitverlängerung		Lohnerhöhung	
	Zahl der beteiligten Holzarbeiter	durchschnittl. Stundenzahl pro Woche	Zahl der beteiligten Holzarbeiter	durchschnittl. Proz. pro Jahr
1906	86570	2,7	46042	1,67
1907	21064	2,6	44860	1,45
1908	6078	1,9	19558	1,09
1909	14808	1,8	17285	1,52
1910	51161	1,7	87377	1,84
Zusf.	129781	2,2	216472	1,68

Hiergegen könnte einwendet werden, und tatsächlich geschieht das ja auch oft genug, daß die Errungenschaften der Streiks durch die hierbei erlittene Lohnminderung völlig illusorisch gemacht werden. Diese Behauptung ist aber durchaus falsch. Nicht nur in der Hinsicht, daß diejenigen, die solche Behauptungen aufstellen, den Umstand unberücksichtigt lassen, daß dank des Ansehens, welches sich unser Verband errungen hat, die Forderungen unserer Kollegen vielfach ohne Streik bewilligt werden. Auch wenn man lediglich die Kollegen in Betracht zieht, die an den Kämpfen beteiligt waren, ergibt sich, daß die erlittene Lohnminderung durch die erkämpfte Lohnsteigerung nicht nur ausgeglichen, sondern weit überholt wurde. So haben die 28 487 Kollegen, die im Jahre 1910 an Streiks und Aussperrungen beteiligt waren, insgesamt 1 980 807 Mark an Lohn eingebüßt. Davon wurden jedoch 1 204 048 Mk. durch die Streikunterstützung gedeckt, so daß als wirklicher Verlust nur 728 654 Mk. verbleiben. Demgegenüber steht aber die erzielte Lohnerhöhung, und zwar beträgt für ein Jahr der Gewinn der Streikenden 2 048 891 Mk. Rechnet man hierzu noch die Lohnerhöhungen, welche die 70 487 Kollegen erzielten, welche an erfolgreichen Lohnbewegungen ohne Streik beteiligt waren, dann ergibt sich allein für ein Jahr ein Nettogewinn von 7 688 577 Mk.

Diese Zahlen zeigen, welchen Nutzen der Verband schafft. Das Beispiel kann aber noch weiter geführt werden. Im Jahre 1910 zahlte im Durchschnitt jedes Mitglied an Beiträgen und Extrabeiträgen 28,19 Mk. In die Verbandskasse und erhielt daraus an Unterstützungen 15,20 Mk. zuzügl. zahlte also in Wirklichkeit nur 12,99 Mk. Bei 57stündiger Arbeitszeit würde die Erhöhung des Stundenlohnes um nur einen halben Pfennig schon mehr, nämlich 14,82 Mk. ergeben. Der Verband sorgt aber für viel höhere Lohnsteigerungen. Bei den großen Tarifkämpfen der letzten Jahre (1908 bis 1911) wurden in je einer Vertragsperiode folgende vertraglich gesicherte Lohnzuschläge errungen: In 6 Orten 8 Pf., 10 Orten 4 Pf., 28 Orten 5 Pf., 19 Orten 6 Pf., 2 Orten 8 1/2 Pf. und 6 Orten 7 Pf. pro Stunde. Da die Beiträge auf 8, in neuerer Zeit auf 4 Jahre abgeschlossen werden, läßt sich daraus leicht ersehen, welchen Nutzen der Verband schafft. Wer der Meinung ist, durch Nichtzahlen der Beiträge Ersparnisse machen zu können, befindet sich in einem verhängnisvollen Irrtum. Alle diese Errungenschaften wären nicht erzielt worden, wenn wir nicht über eine gute Organisation verfügten. Wer also wirklich sparen, wer seine Einnahmen steigern, seine Lebenshaltung verbessern will, muß seiner Organisation angehören. Insbesondere muß jeder Holzarbeiter Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes sein.

Die österreichischen Drechsler sind im verflossenen Jahre recht rühmig gewesen. Das „Fachsblatt der Drechsler“, das Organ des Verbandes der Drechsler Oesterreichs, läßt in einer „Jahresrückschau“ noch einmal die Kämpfe der letzten zwölf Monate Revue passieren. Danach setzten die Steinnußknopfdrechsler bereits im Frühjahr in Wien nach langem Streik eine Lohnaufbesserung durch, in Schrems erzielte später die gleiche Branche eine zehnprozentige Zulage. Geringe Verbesserungen wurden auch in Loosowitz erzielt. Aus zwei Steinnußknopfabriken wird auch über einmalige Feuerungszulagen berichtet. In Bodenbach wurden 8-10 Kronen pro Arbeiter gewährt, in Sulau 6 Kronen an Jugendliche, 10 Kronen an Arbeiterinnen und 15-20 Kronen an Gehilfen.

Ueber einen weichen Naben unter dem Unternehmerium wird aus Wien berichtet, wo ein Stoffsabrikant ab Neujahr 1912 die Löhne in Anbetracht der Teuerung freiwillig um wöchentlich 2 Kronen bzw. 1 Krone für die Hilfsarbeiter aufbesserte. Nicht alle Arbeitgeber dieser Branche waren so einsichtig wie dieser. In Znaim, Ungersdorf und Waidubitz bedurfte es erst des entschiedenen Vorgehens der Arbeiter, um einige Verbesserungen in den neuen Verträgen zu erzielen.

Besonders umfangreich war die Lohnbewegung in der Baumwollweberei Wiens. Ohne Arbeitsniederlegung kam ein bis zum Jahre 1914 geltender Tarifvertrag zustande, der die Arbeitszeit allgemein auf 9 Stunden täglich festsetzt. Dabei erzielten unter anderem die Meerschauer- und Bernstein-Drechsler, die Zelluloidarbeiter, Massadrehler, Massa- und Meerschauerseifenfabriken und die Galalithdrechsler nennenswerte Akkordpreiserhöhungen, die auch den Heimarbeitern zugute kommen. Von besonderer Bedeutung für diese letzteren ist aber die obligatorische Einführung von Lohnbüchern und die offizielle Lohnkontrolle.

Die Eisenrohrdrechsler Wiens mußten gegen Ende des Jahres erst einen längeren Streik durchführen, um eine Lohnaufbesserung zu erringen, doch hatten sie dabei Erfolg. Die Hornspindeldrechsler setzten eine Gleichstellung der Löhne in den einzelnen Werkstätten durch, wodurch die Schmutz Konkurrenz der Akkordmeister etwas eingeschränkt wurde. Die Pfeifendrehler in Siegersdorf hatten gegen Schluß des Jahres viel unter Arbeitslosigkeit zu leiden und war es nur durch den engen Zusammenhalt der Arbeiter möglich, Preisreduktionen zu verhindern.

Die Berlmuttknopfdrechsler hatten keine besondere Lohnbewegung aufzuweisen, doch brachte die Einführung der Erzeugung von Galalithknöpfen die Aufstellung eines Akkordtarifes.

Die eigentlichen Holzdrechsler gehören bekanntlich auch in Oesterreich dem Holzarbeiterverbande an, weshalb über deren Bewegungen in diesem Zusammenhange nichts gesagt ist.

Die Lebensinteressen der deutschen Drechsler dieser Branchen hängen so eng mit denen ihrer österreichischen Kollegen zusammen, daß sie die dortigen Fortschritte mit aufrichtiger Freude begrüßen werden. Diese Erfolge müssen aber auch für uns ein Ansporn sein, zum nicht

zurückzustehen, sondern das Mittel der Organisation auch für uns nutzbar zu machen.

Seute berufen sich die Arbeitgeber diesseits wie jenseits der schwarz-gelben Grenzspähle immer wieder auf die billige ausländische Konkurrenz. Wenn aber erst alle Arbeiter ohne Unterschied der Nation erkannt haben, daß ihre Interessen die gleichen sind, daß allein ihr Zusammenschluß Besserung bringen kann, wird auch dieser Hinweis nicht mehr zielehen. Auch die Arbeiter dieser Berufsgruppen ein menschenwürdiges Auskommen beanspruchen.

Gewerkschaftliches.

Die Kriegervereine im Kampf gegen die Gewerkschaften.

Die Leiter der Kriegervereine scheuen vor den schwierigsten Aufgaben nicht zurück. Da diese Kriegshelden in Friedenszeiten kein vernünftiges Betätigungsfeld finden, haben sie den Kampf gegen die Sozialdemokratie als ihr Hauptziel erkoren. Mit einem Mut, um den sie weiland Don Quixotte, der Ritter von der traurigen Gestalt, beneiden könnte, rennen sie immer und immer wieder gegen den gefährlichen Feind an, aber geschunden und verbeult, ein Gespött für die vernünftigen denkende Menschheit, müssen sie stets wieder aus dem ungleichen Kampfe heimkehren. Für diese waderen Strategen sind natürlich die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften identische Begriffe, und sie meinen, der Sozialdemokratie einen schweren Schlag zu versetzen, wenn sie den Gewerkschaften Abbruch tun.

Den Gewerkschaften zu Leibe zu gehen, haben sie nun ein neues Mittel entdeckt. Daß sie dabei in ihrer bewährten Tapferkeit Maßnahmen ergreifen, die nur den eigenen Freunden Schaden zufügen geeignet sind, verschlägt den Herren wenig, und bei uns, denen der Stief gilt, zu welchem die waderen Mannen ausholen, läßt ihr Tun keine anderen Gefühle aus, als der Anblick eines armen Narren, der mit einem Holzstapel gewaltige Streiche gegen einen eingebildeten Feind aussteilt und dabei nur seinen eigenen kostbaren Spiegel zertrümmert.

Das Mittel, mit welchem die Kriegervereine den Gewerkschaften den Garaus machen wollen, ist die Errichtung einer „Kriegerversicherungs- und Fürsorgekasse“. Die Sache ist nicht mehr ganz neu. Schon im Sommer des Jahres 1910 ist der Plan ventilirt worden, im Kriegerbund eine Arbeitslosenversicherung einzuführen, um „dem Einflusse der sozialdemokratischen Gewerkschaften entgegenzuarbeiten“. Es wurde damals eine Umfrage veranstaltet, um festzustellen, ob die Beteiligung an einer solchen Kasse ausreichend sei, um sie ins Leben zu rufen. Nach dem damaligen Plan sollte für einen Wochenbeitrag von 75 Pf. eine Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 10 Mk. auf die Dauer von acht Wochen gewährt werden.

Auf dem Kriegervereinstag in Detmold im Juli vorigen Jahres ist die Frage eifrig erörtert worden. Der Vorschlag, von einer eigenen Gründung Abstand zu nehmen und das Geschäft gemeinsam mit den christlich-nationalen Gewerkschaften zu machen, fand keine Gegenliebe, sondern es wurde die vom Vorstand vorgeschlagene Resolution angenommen, welche den Bundesvorstand beauftragt, die Vorarbeiten für die Errichtung einer Versicherungs- und Fürsorgekasse für die durch den Terrorismus der Sozialdemokratie geschädigten Arbeiter-Kameraden weiterzuführen. Jetzt soll nun mit dem Projekt, welches inzwischen eine Umgestaltung erfahren hat, Ernst gemacht werden. Im Dezember hat der Deutsche Kriegerbund ein Rundschreiben verbreitet, welches Propaganda für die Kriegerversicherungs- und Fürsorgekasse macht. Hiernach handelt es sich um zweierlei, nämlich um eine Kasse, aus welcher die durch Ausperrungen und Streiks in Mitteleuropa gezogenen Arbeitermitglieder der Kriegervereine eine Entschädigung erhalten. Eine solche soll auch den Gewerbetreibenden gewährt werden, die durch Boykott geschädigt wurden. Für diese Kasse sollen 10 Pf. Wochenbeitrag erhoben werden. Daneben soll durch Zahlung eines Wochenbeitrages von 20 Pf. das Anrecht auf Krankenunterstützung erworben werden. Die einzelnen Kriegerverbände sollen nun zunächst feststellen, wer sich an diesen Kasseneinrichtungen zu beteiligen wünscht.

Dieser Aufruf hat ein Echo geweckt, welches die Drahtzieher der Kriegervereine wohl kaum erwartet haben. Auf dem Kriegervereinstage in Detmold ist den christlich-nationalen Gewerkschaften viel Sympathie bekundet worden, aber nun sind es gerade die christlichen Gewerkschaften und die kirchlich-dunkleren Gewerksvereine, die ob dieses den freien Gewerkschaften zugeordneten Schrages Ach und Weh jähren. Der „Gewerksverein“ schreibt: „Das Leitmotiv bei diesem Vorgehen ist der Haß gegen die Sozialdemokratie. Man will den hinter ihr stehenden „freien“ Gewerkschaften einen Schlag versetzen, bezichtigt aber, daß man auch die auf nationalem Boden stehenden Organisationen treffen würde, wenn der Plan verwirklicht würde.“ Am Schluß des Artikels wird den Gewerkschaftenmitgliedern, die den Kriegervereinen angehören, der dringende Rat gegeben, „wenn die Angelegenheit zur Sprache kommt, sich mit aller Entschiedenheit dagegen zu wenden.“ In ähnlicher Weise, nur noch schärfer, äußert sich das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“:

„Dieses Vorgehen des Deutschen Kriegerbundes muß in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung den heftigsten Widerstand hervorrufen. Der Plan soll sich nach dem Rundschreiben gegen die Sozialdemokratie richten, wird diesen Zweck aber in der Praxis jedoch nicht erfüllen können. Unter den 1.820.000 Mitgliedern des Deutschen Kriegerbundes werden sich verhältnismäßig wenig sozialdemokratische Arbeiter befinden, die überwältigende Mehrheit der Arbeitermitglieder steht auf monarchischem, königstreuem Boden. Diese Arbeiter aber mit zweifelhaften Unterstützungsrichtungen von einer ernsthaften Vertretung ihrer Interessen zurückzubalten, läuft auf die Bezweckungen der gelben Verbände hinaus und würde der Sozialdemokratie wenig, der christlich-nationalen Arbeiterbewegung aber desto mehr Konkurrenz machen und schweren Schaden zufügen.“

Wir können dem christlichen „Zentralblatt“ völlig beistimmen, und deshalb haben wir an dem Streich, den die Generäle des Kriegerbundes ausgeheckt haben, unser helles Vergnügen. Den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften, die den Kriegervereinen angehören, wird übrigens ebenfalls geraten, ihren Einfluß gegen die Durchführung des Planes zur Geltung zu bringen. Ob der Einfluß der gewöhnlichen Mitglieder in den Kriegervereinen soweit reicht, die Pläne der Kommandeure zu durchkreuzen, können wir nicht beurteilen. Das kann uns aber gleichgültig sein. Jedenfalls ist es ein lässliches Bild: Die Kriegervereine wollen im Interesse der den gleichen Bestrebungen huldigenden christlich-nationalen Arbeiterbewegung den freien Gewerkschaften einen Schlag versetzen und geraten sich darüber mit ihren Freunden in die Haare, während die freien Gewerkschaften, gegen welche der Stief gezielt war, der Mausezerei mit Vergnügen zusehen.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1911. In seinem Mitteil auf das Jahr 1911 stellt das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“ eine gewaltige Mitgliederzunahme der freien Gewerkschaften fest. Am Jahreschlusse 1910 betrug die Mitgliederzahl 2.128.021. Nach den zurzeit vorliegenden Abrechnungen, die sich zum großen Teil auf das dritte Quartal, zum kleineren Teil auf das zweite Quartal 1911 erstrecken und die durch die Angaben der Arbeitslosigkeitstatistik der Fachverbände im „Reichsarbeitsblatt“ ergänzt werden, war in 49 von 51 angeschlossenen Verbänden die Mitgliederzahl auf 2.878.081 angewachsen. Der Mitgliederzuwachs dieser Verbände gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres beträgt 801.888 oder 14,65 Proz. Da nur noch die Mitgliederzahlen der Verbände der Böttcher und der Notensetzer fehlen, so werden erhebliche Veränderungen kaum mehr zu erwarten sein. In der Voraussetzung, daß der durchschnittliche Mitgliederzuwachs von 14,65 Proz. auch für die Jahreschlusssumme der gleiche bleibt, werden die Gewerkschaften mit einer Zunahme von circa 312.000 Mitgliedern rechnen können, was einer Gesamtmitgliederzahl von 2.440.000 entsprechen würde.

Ein Mehr von über 300.000 Mitgliedern in einem Jahre und von nahezu 550.000 in den beiden letzten Jahren, das ist sicherlich ein Ergebnis, mit dem die Gewerkschaften zufrieden sein können. Wenn es auch nicht ganz gelungen ist, die Zahl von 2 1/2 Millionen Mitgliedern zu erreichen, so dürfte doch diese Höhe schon in den nächsten Monaten überschritten sein, und dann geht es unaufhaltsam auf die dritte Mitgliederemillion zu, die sicherlich das Jahr 1913 bringen wird. Dieses Ziel zu erreichen, wird eine Ehrensache für alle Gewerkschaften sein!

Einen großen Anteil an diesem Erfolg schreibt das „Correspondenzblatt“ den großen Industrieverbänden zu, von denen der Bauarbeiterverband um 64.650, der Metallarbeiterverband um 63.620, der Transportarbeiterverband um 45.283, der Fabrikarbeiterverband um 22.060, der Holzarbeiterverband um 18.117 und der Textilarbeiterverband um 11.650 Mitglieder zunahmen. Diese sechs Verbände vereinigten im dritten Quartal 1910: 61,2 Proz. der Gesamtzahl der Mitglieder der Gewerkschaften und hatten bis zum dritten Quartal 1911: 74,4 Proz. des gesamten Mitgliederzuwachses. Aber nicht unerwähnt darf bleiben, daß auch eine Reihe anderer Verbände, so die Blumenarbeiter, Gemeindearbeiter, Fleischer, Handlungsgehilfen, Porzellanarbeiter, Steinarbeiter und Stukkateure um mehr als 20 Proz. an Mitgliedern zugenommen und dadurch ganz wesentlich zu dem Erfolge des verflossenen Jahres beigetragen haben. Insbesondere aber müssen die starken Mitgliederzunahmen der erst jüngst verschmolzenen Verbände der Bauarbeiter und der Transportarbeiter als ein erfreuliches und aussichtsreiches Symptom bezeichnet werden, das sicherlich in allen Gewerkschaftskreisen starke Beachtung verdient. Diese Entwicklung gibt uns die Bestätigung, daß die Verschmelzung der Gewerkschaften zu großen Industrieverbänden, deren weitere ja noch in der Tabakindustrie und in der keramischen Industrie bevorstehen, ein Fortschritt sind auf dem Wege zur Organisation der Massen der Arbeiterschaft.

Im Verbands der Buchdrucker-Gilfsarbeiter ist es zwischen dem Zentralvorstand und der Berliner Mitgliedschaft zu einem Konflikt gekommen. Aus einer vom Verbandsvorstand veröffentlichten längeren Erklärung ist zu entnehmen, daß die Differenzen aus dem kürzlich abgeschlossenen Tarifvertrag resultieren. Bei dem am 18. Dezember in Berlin geführten Verhandlungen wurde eine Lohnerhöhung vereinbart, die bei den höchsten Löhnen 6 Proz., bei niedrigeren stufenweise steigend, bis zu 12 1/2 Proz. bei Löhnen unter 12 Mk. betragen soll. In diesen vor dem Tarifamt der Buchdrucker geführten Verhandlungen wurde weiter vereinbart, daß die Festsetzung der Löhne für die einzelnen Sparten in den verschiedenen Orten auf Grund der erwähnten Zugeständnisse durch die Vertreter der Ortsparteien erfolgen soll. Die Berliner Vertreter lehnten jedoch eine Vereinbarung auf dieser Grundlage ab, weil ihnen die grundsätzlich beschlossenen Lohnerhöhungen nicht ausreichend erschienen. Da die Schlichtung der bei den Verhandlungen zwischen den örtlichen Parteien verbleibenden Differenzen dem Tarifamt übertragen war, hatte dieses auf den 3. Januar eine Sitzung anberaumt, zu welcher jedoch die Berliner Gilfsarbeiter keine Vertreter entsandt hatten. Die Vertreter des Zentralvorstandes übernahmen deshalb die Vertretung der Berliner Mitglieder und in den Verhandlungen erreichten sie auch Verbesserungen im Sinne der Berliner Forderungen. Der Tarifvertrag ist nun endgültig abgeschlossen und auch für die Berliner Mitglieder rechtsverbindlich. Der Verbandsvorstand erklärt sich aber in der erwähnten Veröffentlichung bereit, seine Handlungsweise von einer Korporation unter Mitwirkung von unparteiischen Personen aus der Gewerkschaftsbewegung nachprüfen zu lassen. Eine Versammlung der Berliner Mitgliedschaft, die sich mit der Angelegenheit beschäftigte, bestritt jedoch nach wie vor dem Verbandsvorstand das Recht, für Berlin einen Tarif abzuschließen. Einstimmig wurde beschlossen, bis zum nächsten Verbandstag keine Gelder an die Hauptkasse abzuführen. Der Konflikt hat also eine ziemlich ernste Form angenommen. Offenlich gelingt es aber trotzdem,

recht bald eine Verständigung herbeizuführen und eine nachhaltige Schädigung der Organisation zu verhüten.

Nachträglich hat sich der Verbandsvorstand entschlossen, auf den 22. Februar und die folgenden Tage einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen, der sich mit der Tarifbewegung und dem Tarifabschluß in Berlin und den Wahlen zum Verbandsvorstand beschäftigen soll.

Im Steinbrudergewerbe haben neuerdings wieder Verhandlungen über die Verlegung der Ausperrung stattgefunden. Die Unternehmervertreter verhielten sich jedoch gegenüber den wichtigsten Gehilfenforderungen ablehnend. So wollten sie die Arbeitszeit, die jetzt im Durchschnitt noch 53 1/2 Stunden beträgt, auf 51 Stunden festlegen, während die Forderung auf 51 Stunden lautet. Begründet wurde dies Verhalten mit den engen Beziehungen zum Buchdrudergewerbe, das in seinem neuen Tarif 53stündige Arbeitszeit vorseht. Bei der Frage der Lohnerhöhung wollten jedoch die gleichen Unternehmer von der Vererbung auf den Buchdruckerarif und die dort vorgezeichnete 10prozentige Lohnzulage nichts wissen. Die Verhandlungen führten infolgedessen zu keiner Einigung, so daß der Kampf fortbauert.

Die Tabakarbeiterausperrung beendet. Dreizehn lange Wochen haben sie im Kampfe gestanden, die Arbeiterinnen und die Arbeiter der Tabakindustrie, und nun endlich ist ihrer Ausdauer der Erfolg geworden. Die Einigungsverhandlungen, die immer wieder an der Parlamentarität der Fabrikanten zu scheitern drohten, haben schließlich doch zu einer Verständigung über die Forderungen in den betroffenen Betrieben geführt. Die in Frage kommenden Fabriken in Blotho in Westfalen und in Lemgo in Lippe-Deimold haben auf den Tausenderpreis der Zigarren Zulagen von 25-50 Pf., bei zwei Sorten sogar 1 Mk. gewährt. Der Westfälische Zigarrenfabrikantenverband hat sich darüber hinausgehend verpflichtet, seinen Mitgliedern zu empfehlen, zu Anfang dieses Frühjahres in eine Revision der Löhne einzutreten. Ferner ist bestimmt worden, daß bis zum 1. Mai 1912 die betroffenen und ausperrenden Betriebe nicht eher wieder fröhliche Arbeiter einstellen dürfen, ehe ihre ausständig gewordenen Arbeiter untergebracht sind. Es ist also zu erwarten, daß die Streikenden und Ausgesperrten, soweit sie dies wünschen, sämtlich wieder an ihre alten Plätze kommen. Eine Konferenz der Tabakarbeiter, die am 10. Januar in Minden l. M. tagte, hat diesen Bedingungen zugestimmt. Der Fabrikantenverband hatte das schon vorher getan, so daß am 15. Januar mit der Wiedereinstellung der Ausständigen begonnen werden konnte.

Als vor nunmehr einem Vierteljahre dieser riesige Lohnkampf begann, erklärten die Zigarrenfabrikanten, den Forderungen der Arbeiter nicht oder nur teilweise entsprechen zu können. Und sie haben sich bis zuletzt gegen die Lohnzulagen gewehrt. Dabei gehörten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen in Lippe und Westfalen zu den allererbärmlichsten. Hat doch die Lohnstatistik der Tabakverufgenossenschaft einen Durchschnittsverdienst der Dollarbeiter von 2,16 Mk. pro Tag ergeben! Und trotzdem dieser entsetzliche, anhaltende Widerstand! Freiwillig gehören eben die Unternehmer keine Verringerung der Arbeitsverhältnisse. Alle Zugeständnisse muß ihnen die Organisation der Arbeiter abringen.

Diesmal hatten die Tabakfabrikanten die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation unterschätzt. Sie hatten nicht geglaubt, daß jene 18.000 ausgemergelten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen auf die Dauer im Kampfe aushalten würden. Die Unternehmer hatten dabei die Solidarität der Arbeiterschaft anderer Berufe nicht mit in Rechnung gesetzt. Die Angehörigen der Tabakindustrie haben in diesem ersten Ringen ihren Mann gestanden, während die deutsche Arbeiterschaft ihnen die Mittel beschaffte zum Ausharren.

Auch unsere Kollegen und unser Verband haben das ihrige dazu beigetragen. Darum freuen wir uns mit den Tabakarbeitern und unseren mitbeteiligten Kollegen der Zigarrentistenbranche des ehrenvollen Abschlusses dieser Bewegung. Wieder hat der gewerkschaftliche Zusammenschluß den Arbeitern zu einer Hebung ihrer Lebenslage verholfen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Zur Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung. In der gegenwärtigen Zeit, wo die Schaumacher so laut nach einer Beschränkung des Koalitionsrechts rufen und die Vertreter der Regierungen schon deutlich zu erkennen gegeben haben, daß sie diesen Bestrebungen sehr freundlich gegenüberstehen, wird es immer mehr Brauch, daß die Gerichte dem § 153 der Gewerbeordnung eine recht weitgehende Auslegung geben und Urteile fällen, die mit einem gesunden Rechtsempfinden nicht in Einklang zu bringen sind. Es ist deshalb zu begrüßen, daß ein rheinischer Richter kürzlich in der „Sozialen Praxis“ ein Urteil des Reichsgerichts in Erinnerung gebracht hat, dessen Beachtung geeignet wäre, der Einseitigkeit und Strenge, mit welcher viele untere Gerichte gegen Streiksünder vorgehen, einige Bügel anzulegen.

Es handelt sich um ein Urteil, welches ein Mitglied unseres Verbandes betrifft, und der wesentlichste Teil dieses Reichsgerichtsurteils ist auch seinerzeit im Jahrbuch 1907 des Deutschen Holzarbeiterverbandes abgedruckt worden. Der Kollege Hysel hatte bei der Ausperrung in Berlin im Jahre 1907 den Arbeitswilligen Randjora von der Arbeit abzuhalten versucht und war deshalb vom Landgericht wegen verbotener Nötigung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung verurteilt worden. Gegen dieses Urteil war Revision eingelegt worden, die sich hauptsächlich gegen die Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung richtete. In der Verhandlung erklärte auch der Reichsanwalt die Anwendung dieses Paragraphen hier, wo es sich um eine Ausperrung handelte, für rechtlich nicht zulässig.

Der gleichen Ansicht war auch das Reichsgericht. Es hob zwar das Urteil nicht auf, sondern erklärte die Bestrafung wegen verbotener Nötigung für gerechtfertigt, nicht aber die Anwendung des § 153. Zur Begründung dieser Auffassung heißt es in dem Urteil des Reichsgerichts vom 14. Januar 1908:

„Dagegen liegt der Tatbestand des § 158 der Gewerbeordnung nicht vor. Vorab ist zu bemerken, daß es nicht darauf ankommt, ob ein höherer Lohn oder Arbeitsbedingungen als die bisherigen erstrebt werden. Das Gesetz spricht nur von Erlangung günstiger Bedingungen dieser Art. Nach Ablauf eines Tarifvertrages wolle der Arbeitgeber nur unter Erneuerung eines solchen Arbeitsvertrages abschließen, die Arbeitnehmer dagegen ohne solche, sie an weitere Forderungen für einen Dauer hindernde Verträge in Arbeit treten. Für die nunmehr Arbeit suchenden Arbeitnehmer stellte die Freiheit von einem von den beiden Verbänden geschlossenen Tarifvertrag eine Arbeitsbedingung dar, die er als eine ihm nach seiner Meinung günstige zu erlangen suchen konnte. Die zum allgemeinen Holzarbeiterverband, der die Erneuerung von Tarifverträgen ablehnte, gehörenden Arbeiter waren von einem Arbeitgeber ausgesperrt.“

Aus dem festgestellten Sachverhalt ergibt sich aber, daß Kündigung nicht hat bestimmt werden sollen, an irgendeiner Verabredung der in § 152 a. a. O. bezeichneten Art teilzunehmen. Ausdrücklich ist festgesetzt, daß er nicht aufgefordert ist, dem Holzarbeiterverband beizutreten. Abgesehen hiervon, erwähnt das Urteil eine Verabredung der ausgesperrten Arbeiter, die zum Zweck gehabt habe, die noch Arbeitswilligen umzustimmen und den Bezug neuer Arbeitswilliger zu verhindern. Allein nach dem festgestellten Sachverhalt hat der Angeklagte nicht versucht, den Kündigung zum Beitritt zu dieser Verabredung zu bestimmen, also einen weiteren Teilnehmer dieser Verabredung zu gewinnen; es ist nichts weiter geschehen, als daß seitens der durch jene Verabredung Verbundenen, der ausgesperrten Arbeiter, ein Druck auf Kündigung ausgeübt ist, sich des Arbeitens zu enthalten, also lediglich zu einem passiven Verhalten. Das Bestreben wird in Fällen solcher Art oft dahin gehen, aus unschuldig gemachten Gegnern tätige Genossen zu machen; allein im vorliegenden Falle hat der Angeklagte sich darauf beschränkt, zu versuchen, einen die Erreichung des Zieles fördernden Gegner zu besitzeln. Hieran ändert es nichts, daß dieser Gegner ebenfalls zur Klasse der Arbeitnehmer gehörte, und daß ihm die Unfähigkeit nicht schlechtin, sondern gegen eine gewisse Schabloszahlung angenommen wurde. Eine bei der Bedeutung des Ausdrucks „teilnehmen“ in der Sprache nicht zu rechtfertigende ausdehnende Auslegung des Gesetzes würde es sein, wenn keine Unterlassungen schon um deswillen als Teilnahme an Bestrebungen anderer behandelt werden sollen, weil sie deren Zweck objektiv fördern.“

Die „Soziale Praxis“ folgert aus diesem Urteil, daß der § 158 der Gewerbeordnung auch vielfach in solchen Fällen nicht angewendet werden darf, wenn Arbeiter zur Erlangung eines höheren Lohnes streiken und versuchen, die Weiterarbeitenden zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen. „So lange von diesen nicht verlangt wird, sie sollten ebenfalls einen höheren Lohn fordern oder zur Umstimmung von Arbeitswilligen helfen, so lange kann nach dem Urteil des Reichsgerichts von einer Anwendung des § 158 keine Rede sein. Damit wird aber ein sehr großer Teil der in den Arbeitskämpfen ergehenden Aufforderungen dem § 158 entzogen, da das Interesse der ausgesperrten oder streikenden Arbeiter sich meist darin erschöpft, daß die Arbeit allgemein ruht.“

Es bleiben ja nun allerdings in solchen Fällen die Bestimmungen des allgemeinen Strafrechtes, insbesondere die über Nötigung und Nötigungsversuch. Hierbei ist aber die Feststellung zu treffen, daß der Täter, z. B. durch Androhung einer Mißhandlung, Arbeitswillige zur Arbeitsniederlegung hat bewegen wollen, und es genügt nicht, daß er nur seinen Unwillen darüber ausgedrückt hat, daß diese sich dem Streik nicht anschließen. Wenn das Gericht nun durch Befragen der bedrohten Arbeitswilligen feststellt, daß der Täter sie zunächst zur Niederlegung der Arbeit hat überreden wollen, und daß er erst, als er keinen Erfolg hatte, die drohenden Mißhandlungen getan hat, so wird in vielen Fällen das Nächstliegende sein, anzunehmen, daß diese Mißhandlungen aus dem Unwillen über den Mißerfolg seiner Überredungskünste hervorgegangen sind.“

„Das grundlegende Ergebnis“, heißt es zum Schluß des Urteils, „dieser leider bisher unbekannt gebliebenen Reichsgerichtsentscheidung vom 14. Januar 1908 lautet also dahin, daß Nichtweiterarbeiten und Streiken um bestimmter Forderungen willen als zwei verschiedene Dinge im Lichte einer unbefangenen Koalitionsrechtssprechung gelten müssen.“

Es dürfte sich empfehlen, daß bei Anklagen aus § 158 auf die zitierte Reichsgerichtsentscheidung Bezug genommen wird, um gegebenenfalls schon in der ersten Instanz eine Freisprechung zu erzielen.

Technisches.

Das Fachblatt für Holzarbeiter ist mit dem sechsten erschienenen Jahrgang in seinem siebenten Jahrgang eingetreten, dem Dr. Peter Jessen, Direktor am Berliner Kunstgewerbemuseum, das Geleitwort: „Auf dem Wege zur neuen Handwerkskunst“ widmet. Robert Breuer schreibt über: „Die neue Form als geistiger Ausdruck“. Die photographischen Abbildungen des Festes in Dresden des Dresdener Stadtbaurats Prof. Erdwein, insbesondere die Sitzungsarbeiten, dabei werden einzelne Teile noch durch Zeichnungen näher detailliert. Eine neue Art des Zeichens von Nadelholzern behandelt Prof. Dr. Th. W. W. Zimmermann. Theod. Wolff beginnt eine Artikelserie über die Konstruktion des Holzes. Die im letzten Jahrgang behandelte Wertzeiglehre erfährt in den Holzbearbeitungsmaschinen durch O. Winkelmüller ihre Fortsetzung. Dabei wird zuerst die Art der Kraftanlage und der Kraftübertragung erläutert. Den Vortischler dürfte außerdem besonders eine Abhandlung von H. Unger über die Konstruktion von Hauseingängen mit den dazu gehörigen Zeichnungen interessieren. Aber auch der Futurist kommt diesmal besonders auf seine Rechnung. Im Gegensatz zu den sonst üblichen ein-

zelnen Motiven zeigt ihm ein Entwurf aus der Hand eines erprobten Spezialisten alle zu einer Zimmereinrichtung gehörigen Holzarten, so solche für große und kleine Füllungen, für Kanten und Ecken.

Neben sonstigen kleinen Abhandlungen und Abbildungen bringt auch dies Heft eine neuere Schubaricht- und zwar für die Spindelrassen. So dürfte denn auch der neue Jahrgang den Angehörigen aller im Betracht kommenden Branchen der Holzindustrie ein willkommenes Bildungsmittel sein.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, Einzelhefte werden zu 50 Pf. abgegeben.

Eingefandt.

An die Musikinstrumentenarbeiter und -arbeiterinnen.

Wenn wir Rückblick halten auf die Vorgänge der letzten Jahre innerhalb der deutschen Musikinstrumentenindustrie und uns dann das Organisationsverhältnis unserer Branchenkollegen vor Augen führen, so könnte uns, wenn wir nicht so hoffnungsreich wären, eine gewisse Furcht beschleichen, daß es den deutschen Musikinstrumentenarbeitern noch einmal recht schlecht anfangt besser ergehen könnte. Was Herrschte auf der Konferenz in Zeitz für eine Stimmung, welche Liebelstände wurden da nicht besprochen! Mit den schönsten Hoffnungen mögen die damaligen Vertreter unserer Kollegen die Konferenz verlassen haben und sicher mit dem besten Willen, an ihrem Arbeitsort dahin wirken zu wollen, daß alle die besprochenen Liebelstände beseitigt werden sollen.

Seit dieser Zeit sind eine Reihe Jahre ins Land gegangen. Hier und da ist es auch wohl gelungen, dem gesteckten Ziele etwas näher zu kommen. An vielen Orten haben wir eine ziemlich hohe Vertretungsziffer unserer Branchenkollegen zum Holzarbeiterverband zu verzeichnen. Aber das gesteckte Ziel ist nicht erreicht, die gehegten Hoffnungen sind nicht erfüllt. Das zeigt am besten die kleine Statistik, welche die Zentralkommission vor Weihnachten den Vertrauensleuten zusandte. Das eine darf aber gesagt werden, die Zeitzer Konferenz war nicht ohne Nutzen für unsere Organisation.

Angeht die Tatsache, daß noch so überaus viel zur Hebung der Lage unserer Kollegen zu tun übriggeblieben ist, vertritt die Zentralkommission heute den Standpunkt, daß eine zweite Konferenz der Musikinstrumentenarbeiter unter allen Umständen nötig ist. So, wie die Zustände unter unseren Kollegen heute noch liegen, kann es nicht weitergehen. Es ist weiter die struppellose Konkurrenz der Unternehmer aller Musikinstrumente produzierenden Länder, die uns zwingt, diesen Standpunkt einzunehmen. Es gilt, über das sich immer mehr zuspitzende Affordsystem einmal ein kräftig Wortlein zu reden. Aber auch noch über viele andere Liebelstände ist zu sprechen. Wenn wir hier eine Konferenz der Musikinstrumentenarbeiter antreten, so soll es sich nicht bloß um diejenigen Arbeiter

handeln, die Flügel, Pianos, Orchestrions usw. anfertigen, zu den deutschen Musikinstrumentenarbeitern gehören auch die Arbeiter der Klaviaturfabriken und der Pianomechanikfabriken. Desgleichen halten wir es für absolut notwendig, unsere Kollegen der Blech- und Mundharmonika-Branche zur Teilnahme an einer Konferenz aufzufordern.

Die Zentralkommission glaubt, daß die angeführten Gründe allein schon für eine Konferenz sprechen. Außerdem ist zu beachten, daß eine Zentralkommission als solche ein Gesamtbild zu geben hat und das britische Willen in dieser Beziehung nicht betreten kann. Zu erwähnen ist noch, daß eine Konferenz Stellung dazu zu nehmen hat, den Verkehr der Kollegen mit der Zentralkommission besser auszugestalten.

Unsere Kollegen und Kolleginnen ersuchen wir, sich eingehend an der hiermit eröffneten Diskussion zu beteiligen. Jeder sich an der Diskussion beteiligende hat aber zunächst die Aufgabe, sich zu fragen, ob die den Ortsverbänden durch die Beschaffung einer Konferenz entstehenden Kosten sich auch reichlich bezahlt machen. Wir wollen nicht eine Zusammenkunft, bei welcher für unsere Zentralorganisation und somit auch für uns nichts erreicht würde. Die Zentralkommission ist aber festsetzt davon überzeugt, daß eine zweite Konferenz der Musikinstrumentenarbeiter befriedigende Resultate zeitigt. Intelligenzen sind in unserer Branche genügend vorhanden, um zunächst eine Diskussion zu entfalten. Eine Konferenz soll ein neuer Aufbruch sein auf die in unserer Branche vorhandenen gleichgültigen Kollegen. Wir wollen ihnen einmal gründlich vor Augen führen, wozu es durch ihre Gleichgültigkeit und durch ihre verkehrte Meinung kommen kann und kommen muß, wenn dieselben sich der besseren Einsicht der organisierten Kollegen noch weiter entziehen. Also Kollegen, zeigt, daß Ihr Umstände selbst, einer zweiten Konferenz der Musikinstrumentenarbeiter ein Niveau zu verleihen, das dem Deutschen Holzarbeiterverband Ehre macht. Die Zentralkommission.

J. A. W. Weinholt, Hamburg 19, Belle-Alliancestr. 27.

Literarisches.

Die nachbenannten Werte können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

„Die junge Welt“. Von der Sammlung kleiner Jugendschriften, die Joseph Dittbold Stern unter diesem Titel im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand herausgibt, sind die Hefte 5 und 6 erschienen. Heft 5 ist betitelt „Die Luftschiffahrt und was man von ihr wissen muß“ von Ingenieur Janus. Es behandelt dieses Thema in leicht fasslicher Weise. — Heft 6, „Mädchenbuch“ von Adelheid Wapp, wendet sich vornehmlich an die junge Arbeiterin. Der Preis beträgt 20 Pf. pro Heft.

Nachtrag zum Handbuch für sozialdemokratische Wähler 1911. Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & m. V. S., Berlin SW. 68. Preis 50 Pf.

Arbeitslosigkeit im Monat Dezember 1911.

Gau	Zahl der Beschäftigten im Monat	Zahl der Beschäftigten im letzten Tage des Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats	Unterstützung haben erhalten									
			vom vorigen Monat	Zugang in diesem Monat	Gesamtzahl	am letzten Tage des Monats		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Hilfe					
								Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.		
Danzig	40	4084	105	160	265	128	2	187	1028	1450	84	27	56	54	50	—	—
Stettin	42	3557	60	180	240	161	4	96	775	1294	46	187	278	248	42	—	—
Breslau	45	7778	127	286	413	802	6	226	2575	4554	77	149	287	207	08	—	—
Berlin	92	36663	2082	4077	6189	3178	11	2020	24480	44910	85	482	684	598	—	2	—
Dresden	56	15885	181	384	565	560	17	263	2361	4055	98	284	408	317	86	—	—
Leipzig	62	18127	207	681	888	415	16	312	2887	4778	91	407	522	440	78	—	—
Erfurt	74	6474	41	345	386	383	2	187	1168	1478	29	205	271	218	58	5	—
Magdeburg	37	8921	87	378	465	318	13	321	1884	3088	88	283	478	420	42	—	—
Hamburg	67	18520	566	954	1520	1005	57	1007	9230	21808	79	876	1412	1280	86	—	—
Hannover	46	10521	244	308	547	395	22	388	4007	7589	62	504	780	662	47	—	—
Düsseldorf	59	10568	91	315	406	194	20	188	1849	3221	58	418	618	558	67	1	—
Frankfurt	62	11029	189	361	550	271	14	307	3188	5770	71	356	560	492	14	—	—
München	51	11949	201	522	728	545	9	267	3489	5982	70	207	377	314	07	—	—
München	42	7084	183	384	547	294	5	228	2708	5185	25	221	471	480	01	1	—
Stuttgart	89	11746	75	435	510	399	5	147	1499	2512	15	268	440	415	85	1	—
Hauptstadt	—	868	—	1	1	—	—	—	1	9	15	—	6	12	9	60	—
Dezember 1911	864	180469	4849	10166	14515	8876	208	6090	68020	117181	68	4880	7589	6667	07	9	—
November	851	179909	3604	8487	12041	4361	149	3948	38885	71692	30	4718	7492	6749	36	20	—
Oktober	864	178257	2491	6687	12178	3600	158	2986	25485	46147	14	4690	7688	6970	80	6	—
September	849	176014	2243	9171	11418	2609	168	2428	19529	34897	60	5684	9494	8557	81	18	—
August	856	174196	2920	8750	11670	2246	212	2589	23413	42420	07	6778	11860	10501	94	12	—
Juli	880	172680	3456	7745	11201	2922	265	3104	22912	54236	48	7260	11085	11177	44	36	—
Juni	886	171408	3265	7858	10618	3458	232	3347	35021	62117	45	7242	11972	11006	22	25	—
Mai	817	169561	4004	7825	11829	3280	218	3556	35006	64042	03	8983	13620	12584	85	41	—
April	826	167184	4075	7542	11617	4019	189	3623	39014	71856	64	8447	11024	10303	12	32	—
März	829	166795	5685	8425	14010	4192	204	5082	58087	96672	78	8060	8091	7950	11	28	—
Februar	829	164679	6898	8416	15814	5597	186	3269	37087	115071	98	4557	7081	6245	98	22	—
Januar	821	163082	8394	9495	17889	6904	232	3492	101122	185119	20	6065	7725	6882	42	24	—
Dezember 1910	820	162617	5523	9614	15187	8410	214	6949	81818	158792	96	4128	6879	5579	43	24	—

Nachstehend angeführte Zahlstellen haben nicht berichtet: Rastatt — Rastatt, Weiskammer — Eisenach, Hermsdorf — Meiningen — Dillen — Kirchzeon — Adern.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Monat	Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats					Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose
	1906	1907	1908	1909	1910	
Januar	3256	4370	8048	10005	5433	6904
Februar	2313	4100	7938	8089	4044	5597
März	2121	3688	6529	6316	3478	4192
April	2170	3452	6754	5212	3518	4019
Mai	2127	2794	6486	4457	3970	3280
Juni	1916	2390	6180	4491	4400	3458
Juli	1612	2050	5374	3726	4292	2922
August	1227	1751	4885	2661	3153	2246
September	1633	2575	4747	2717	3839	2509
Oktober	2899	3923	6484	3260	4904	3609
November	2317	4565	7018	3888	5512	4361
Dezember	4649	8256	12051	7101	8410	8876

Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Samstag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr. Versammlung der Wagner im Gewerkschaftshaus, Kölner Saal B.

Anzeigen.

Brannschweig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bureau, Werber 22, II. Umgehungen, Benutzung des städtischen Nachweises ist ebenfalls, der Discrete ist strengstens verboten.

Frankfurt, Hess. Die Reiseunternehmung jagt von jetzt ab nach. Braut, Schenkenstr. 618, abends 7-9 Uhr.

Alber. Der paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe zu Albeck befindet sich Altsch. 28 und ist geöffnet, wochentags abends von 8 1/2 Uhr an. Die gesamte Arbeitsvermittlung erfolgt nur durch diesen Arbeitsnachweis. Umgehungen ist streng verboten.

Wienberg, Kollagen. Die hier in Arbeit treten wollen, sind streng verpflichtet, nur unseren Arbeitsnachweis zu benutzen. Derselbe befindet sich im Gewerkschaftshaus, auf dem Platz 8/5. Die Arbeitsvermittlung erfolgt abends 7 bis 8 Uhr. Das Ansuchen in den Werkstätten um Arbeit ist streng verboten.

Wasing bei München. Der Arbeitsnachweis für Bergarbeiter, Polierer, Grundbesitzer, Maschinenführer und alle in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter befindet sich bei Frau Panz, Brauerei Wasing, wobei alle Anfragen zu richten sind. Die Kollegen werden ersucht, nur diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Umgehungen ist verboten.

Planen i. W. Die nach Plauen zureisenden Kollegen sind streng verpflichtet, wenn sie hier Arbeit nehmen wollen, erst beim Arbeitsnachweis Erkundigungen über die Art der Arbeitsvermittlung und die Arbeitsbedingungen einzubringen. Umgehungen ist streng verboten.

Wabernau. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18, Eingang Mittelgasse, 1. Etage. Geöffnet von 11-1 und 6-7 Uhr. Umgehungen ist verboten.

Schopfach, Bayern. Das Befehrslokal und die Herberge befinden sich bei Herrn Wülfel, im Gasthaus zum goldenen Adler.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich beim Kollegen Günter, Hermannstr. 22, oben part. Umgehungen ist strengstens verboten. Die Reiseunternehmung wird im Gewerkschaftshaus, Weststr. 41, ausgeführt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Zahlstellen-Bibliotheken.

Mitte Januar erscheint der neue Jahrgang **Holzarbeiterzeitung 1911** auf besserem Papier gedruckt und in gutem Leinwandband. Preis einschl. Porto 8,50 Mk. Bestellungen erbitten wir bis 1. Januar. Auch vom Jahrgang 1910 ist noch ein kleiner Vorrat vorrätig.

Verlaganstalt des **Deutschen Holzarbeiter-Verbandes**, G. m. b. H., Berlin C. 2, Neue Friedenstr. 2.

Lokalbeamter gesucht!

Die Zahlstelle **Essen-Muhr** sucht zum baldigsten Antritt einen tüchtigen, in der Agitation sowie im Kassieren und in Lohnbewegungen durchaus erfahrenen Lokalbeamten. Bewerber müssen mindestens 5 Jahre dem Verbands angehören und auch in den sonstigen Bestrebungen der Arbeiterbewegung bewandert sein.

Die Anstellungsbedingungen werden nach den Beschlüssen des Münchener Verbandstages geregelt. Offerten unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und einer kurzen, eigenhändig geschriebenen Abhandlung über die Aufgaben eines Lokalbeamten, sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis Donnerstag, den 15. Februar, an **Friedrich Puls, Essen-Muhr, Grabenstr. 67 II**, zu richten.

2-3 tüchtige **Tischler** sofort gesucht auf Furnierarbeiten, bei gutem Lohn oder Afford. **H. Dloß, Rehlsteinfabrik, Warnemünde.**

Einige perfekte **Bureau-Möbeltischler** und ein hierzu gut eingerichteter Friseur in ungeländiger Stellung, wünschen sich ab 1. März zu verändern.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle **Deutschendorf** Bevollmächt. **Albert Kaden** Nr. 26.

1 **Andarbeiter** und 1 **Zusammenmacher** auf Sprossenstühle sucht **Franz Wubbenhofer, Stuhlfabrik Brumath, Elsass.**

Polierer gesucht. **Schmiedefabrik Renmann & Pfaff** Frohnburg bei Leipzig.

Erfahrener und praktischer

Werkmeister

der auch modelliert, wird von einer größeren Schloßerei- und Holzwarenfabrik Akt.-Ges. in Süd-Ungarn

gesucht.

Eintritt womöglich sofort. Bewerber wollen ihre Offerten mit Beschreibung ihrer bisherigen Tätigkeit und Angabe ihrer Ansprüche unter „Energie und Erfahrung“ an **Rudolf Mosse, Budapest VI, Andrássy Str. 2**, senden.

Suche einen Stuhlbaner auf polierte Armlehne-Stühle.

H. Henschel, Coppenbrügge bei Hannover.

1-2 tolle **Stuhlpolierer** für sofort gesucht. **Scheller & Co., Stuhlfabrik Schwallungen a. Werra.**

Tüchtiger Holzdrechsler zum Drehen von Schlemellen etc. gesucht. **Birgeler Stuhlfabrik Straßburg, Elsass.**

Tüchtiger Drechsler auf Bau- und Möbel für Kraftbetrieb sofort gesucht. **Stellung evtl. dauernd. Gustav Cyner Straßburg, Drechsler u. Blockmacher.**

Einem **tüchtigen Concurrenzmacher** auf **Malakalohre** sucht für sofort **J. A. Otto Gübner, Stuhlfabrik Witzel i. Thür.**

Tüchtiger Kammacher gesucht. **Heinz Krübe, Brannschweig.**

Zwei tüchtige Stuhlarbeiter, Fertigmacher für sofort gesucht. **Mühner & Co., Wald, Rheinl.**

Tüchtige Kastenmacher und Kastenhefter bei hohem Lohn für dauernd gesucht. **Kraus, Karlsruherstr. 1, Frankfurt a. M.**

Gesucht per sofort 1 Korbmacher auf **Matt-Fischkörbe.** **Joh. Reese, Korbmacher Kranz a. Elbe.**

Ein junger **tüchtiger Korbmacher** erhält dauernde Arbeit auf Geschlagen bei gutem Lohn. **V. Harms, Korbmacher Lüneburg, Am Sande 17.**

Korbmacher a. Beddigmühle w. a. eingerichtet. **H. Günther, Dresden, Biegelstr. 55.**

Tüchtige Korbmacher auf **Beddigröhre** Arbeit sucht sofort **Attiebolaget Helsingborgs Korgfabrik Helsingborg, Schweden.**

3 Korbmacher auf **Grün- und Rohr** Arbeit bei hohem Lohn für dauernd gesucht. **W. Sandau, Korbmacher Gardelegen (Altmark).**

Korbmacher a. beste Beddigmöbel werden sofort eingestellt. **Korbwarenfabrik Richard Thiele Halle a. d. Saale, Mansfelderstr. 48.**

Zwei Korbmacher auf **Fischkörbe** für sofort sucht. **Joh. Volkner, Korbmacher Post i. Altlande.**

Korbmacher, die auf Beddigröhrenmöbel eingearbeitet sind, suchen **Peter & Stegmann, Habebent b. Dresden.**

Suche sofort einige Korbmacher auf **Großgeschlagenes und Mattarbeit** bei hohem Afford und dauernder Beschäftigung. **Franz Seisler, Salzröthen, Westf.**

Gesucht sofort Korbmacher, welcher auf **Rohr** eingearbeitet ist. **W. Ahrens, Korbwarenfabrik Gufum a. d. Nordsee.**

Mehrere tüchtige Korbmacher auf moderne **Beddigmöbel** stellen sofort ein. **Gebr. Kiehling, Würzen, Färbergasse.**

2 Korbmacher auf **Fischkörbe** für dauernd bald gesucht. **M. Sanger, Korbmachermeister Dels, Schlesien.**

Tüchtiger Bürstenmacher zum Einziehen gesucht. **Rudolf Krüger, Silberfeld, Höchstenstr. 12.**

Bürstenmacher gesucht. **F. Volk, Gertorf b. Kiel.**

Gesucht tüchtiger Einzicher auf **Afford**, pro 1000 1,05 Mk. bis 1,55 Mk. Dauernde Stellung. **Mag. Schlüter, Elmshorn, Feldstr. 18.**

Nebengewandte, intelligente Tischler werden als **Reisende** für im Fach einschlagende Artikel gesucht. Selbstgeschriebene Offerten unter Angabe der Verhältnisse unter **N. W. 287** an die Exped. d. Bl.

Bootsbauerei für **Stellmacher** oder **Tischler** geeignet, in Nähe Berlins, trankeitsch. billig veräußert. **Nacht m. Wohnung 1000 Mk. Off. unt. N. S. 286** an die Exped. d. Bl.

Gesucht

mehrere intelligente Tischler

als **Prov.-Reisende** z. Besuch v. Tischlereien u. Eisenwarenhandlungen in Norddeutschland, mit einem geschulten Fensterverkleid. Off. m. Zeugnisabschriften unt. **N. S. 100** bes. **Vintonen & Cyp. W. V. Nassau, Hensburg.**

Vom Fachblatt für Holzarbeiter ist oben das besonders reich ausgestattete

Januarheft

erschienen. Aus dem Inhalt nennen wir: Auf dem Wege zur neuen Handwerkskunst. Von Direktor Peter Heilmann-Werlin. Abbildungen von Arbeiten von Prof. Carl von Dreyden. Die Konservierung des Holzes. Von Th. Wolff. Ein neues Holzverfahren. Von Chemiker W. H. Glimmermann. Die Konstruktion von Hauseingangstüren. Das Fachblatt für Holzarbeiter kostet im Abonnement 1 Mk. das Vierteljahr. Probehefte stellt die Expedition gern zur Verfügung. Vom

Jahrgang 1911,

der allgemein eine Aufregung gütige Aufnahme gefunden hat, sind noch eine Anzahl gebundener Exemplare zum Preise von 8,50 Mk. zu haben. (An Seiten vergriffen.) Dieses Buch sollte in keiner Bibliothek fehlen. Dasselbe enthält zahlreiche Abbildungen, Zeichnungen und Konstruktionszeichnungen, so u. a.: Die Konstruktion der Spieltische. Konstruktion und Gestaltung der Tischlereierzeugnisse: Rahmenkonstruktionen, vom Aufbau der Sessel. Die Befestigung polierter Tischfüße. Die neue Leinwandmaschine. Aus der Antarktis: Holz- und Metallarbeiten im Bau. Einfache Wohnanordnungen. Der Schrank in geschichtlicher Betrachtung. Bestimmungen nehmen alle Fachstellen, Verwaltungen, Buchhandlungen und bei Abonnementen auch die Postanstalten entgegen sowie die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. Neue Friedrichstr. 2.

Laubfägerei

Kerbschnitt- u. Holzband-Verlag. Holz, Vorlagen usw. in groß. Auswahl billigst. **J. Brendel, Muffenstadt 98, Pfalz.** Katalog gratis und franko.

Deutschlands einzige mit Handelslehreverbundene

Tischlerfachschnule Jmenau.

Schnelle und sichere Ausbildung. Jeder Schüler erhält Stellung. Prospekt frei.

Tischler-Fachschnule Detmold

gegr. 1893. Städt. Schulgeb. Meister, Werkmeister, Zeichner, Hb- und Zeichensäle, Werkstätten. Programm frei d. d. **DIREKTOR KOLSCHER**

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik, Hamburg 23

Unübertroffen und darum von so grosser Werbekraft sind mein **wasser-reines Peha-Matt**, meine nach eigenem Ver- gereinigten **Schellackpolituren** und meine **hochmodernen Holzbeizen**, die sich besondere Farbenpracht auszeichnen (Eichenbeizen, Albo-Musabeizen, Salmiakbeizen, Spiritusbeizen, Ambrantbeizen usw.) Mein **neues Polierverfahren** hat sich glänzend bewährt. Es ist durch Reichspatente gesetzlich geschützt!

Man **erspart: Material, Zeit, Arbeit!** Ich versende zum Versuch ein Körbchen, enthaltend: 1 Fl. Peha-Matt 1 Dose Porenfüllpulv. Mon-Ak (nussb.) 1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt 1 „ Marmor-Mono (mahag.) 1 „ Patentpolitur zum Reinpulieren 1 Tube Inkrustationskit, blond (zum 1 „ allerr. Poltur-Glanzack (blond) Auskitten schadhafter Holzstellen) 1 „ Schleif- und Polieröl (gelblich) 1 St. Kork-Schleifklotz (120x75x30mm)

Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuchskolle zum Polieren zu 8 Mk., franko inkl. Emballage.

Mein Lehrbuch der Schmuck- und Schutzarbeiten des Holzes

(so ist jetzt der Titel der Anleitungen für das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen usw.) ist nunmehr in II. revidierter und illustrierter Auflage erschienen. Dies allseitig glänzend beurteilte Werk kostet im Buchhandel 1,50 Mk., bei Bezug von 10 Exemplaren auf einmal werden nur 10 Mk. berechnet.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Sie erscheint bereits im V. Jahrgang und rasch hat sie in weiten Kreisen grossen literarischen Ruf erlangt! Abonnement 3 Mk. das Jahr.

Die Elementar-Konstruktionen der Tischlerei. Von Paul Horn. In der Konstruktion zeigt sich der Meister der Holzarbeit! Rasch haben sich denn auch diese Zeichnungen mit dem erläuternden Text die Anerkennung erster Fachleute erworben. In bester Verpackung werden sie postfrei für 1 Mk. versandt.

Mein lieber Freund



Interessierst Du Dich für amerikanische Werkzeug-Neuheiten? Dann verlange sofort gratis Neu. Plakat Januar 1912 Neu. in viel. neuen Abbildungen v. **Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppelnerstr. 31.**

Patent Schraubenzieher **Dantee Nr. 80**, ausgezogene

Länge 60 cm, mit 8 Klingen à 4,50 Mk. w. Schabbel Nr. 80, m. 1 Elf. 70mm br. à 2,25 Schabbel Stütz Nr. 8, Original do. à 2,25 Reform-Bugel mit Garantie 1a à 5,25 Leinwand Nr. 1 Stahl, 80 mm breit à 0,80 Edte Dittor-Biehlungen à 80 Pf. 6 Stück 1,50 1a Dibeisen 8 Böcher mit Zähne. à 1,40 Bohrwinden mit Kugellager à 1,50

Streich's Tischler-Fachschnule

Cöthen in Anhalt 3. Lehranstalt allerersten Ranges (Gesetzliche Meisterprüfung) Kurse von 1 bis 12 Monate Prospekt frei durch die Direktion.

Deutsches Technikum

Lehr-Institut für Technischen Fern- u. Korrespondenz-Unterricht, Berlin W 50, Kurlbacher Str. 4. — Bediegene theoret. Ausbildung für **Bau- und Möbeltischler, Tischlermeister, Werkmeister u. Werkführer von Tischlereien, Möbelzeichner usw.** sowie **Vorbereitung auf die gesetzliche Meisterprüfung** durch schriftlichen Unterricht nach erfolgreicher Methode und ohne Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. — Glänzende Erfolge und Anerkennungen. — Honorarmäßig. Aufnahme zu jeder Zeit. **Ausführlich. Programm gratis.**

Süddeutsche Schreiner-Fachschnule

Erstkl. techn. u. kunstgewerbli. Lehranstalt m. Handelskursen. **Nürnberg.** Größe und anerkannt beste Privatschule der Branche. — Im 8. Schuljahre erhielten 69 Schüler Stellung. Progr. und Brosch. umsonst.

Kunstgewerbliche Tischlerschnule

Blankenburg, N. 2 Programm frei. Direktor Reineking.



Qualitäts-Marken und Kautschuk - Stempel liefert seit 80 Jahren **Jean Holze & Co.** Hamburg, Delendörferhof 10.